



**Protokoll der 24. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 6. Oktober 2021, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Claudio Bernold

Namensaufruf: 38 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderat Michael Lerch, Gemeinderat Christian Mader
Vizestadtpäsidentin Elsbeth Aepli Stettler

Mitanwesend: Stadtpräsident Anders Stokholm, Stadträtin Barbara Dätwyler We-
ber, Stadtrat Fabrizio Hugentobler (bis 19:00 Uhr), Stadtrat Andreas
Elliker

Gemeinderatssekretär: Giuseppe D'Alelio

Traktanden

- 115 Mitteilungen
- 116 Protokoll der Sitzung vom 25. August 2021
- 117 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen für den Rest der Legislatur 2019-2023 (Nachfolge von Christoph Keller, Fraktion SVP/EDU)
- 118 Motion «Offenlegung der Finanzierung von Parteien, Gruppierungen, Wahl- und Abstimmungskomitees» von Gemeinderat Pascal Frey
Beratung, Beschlussfassung über Erheblichkeit, evtl. Zuweisung
- 119 Botschaft Nr. 25 «Pavillon des Vereins 'projekt KAFF': Nachtragskredit für die Subventionierung des Standorts»
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, der Herbst hat uns wieder und damit die bunten, wohltuenden Farben, die Dunkelheit am Morgen beim Aufstehen und auch am frühen Abend, die Herbststürme und mein persönlich regelmässiger Kampf mit dem Laub, den ich aber immer sehr gern verliere. Was für mich mit dem Herbstbeginn zusammengehört, ist der Geruch der Zuckerfabrik, der Start der Kampagne, die Traktoren auf dem Weg in die Zuckerfabrik und die Berge von Zuckerrüben, welche über Wochen nicht abnehmen. Meine auswärtigen Freunde können mich nicht verstehen, warum ich diesen Geruch mag. Mir vermitteln die Geruchswolken der Zuckerei eine wohltuende Dosis Heimat. Geht Ihnen das auch so? Jede Jahreszeit hat bekanntlich ihre Reize. Das bewusste Wahrnehmen und die Freude an der aktuellen Jahreszeit helfen auch über die trüben Tage hinweg. Ich wünsche Ihnen, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, kein trübes, sondern farbenfrohes Debattieren und Ihnen, geschätztes Publikum, eine spannende Sitzung.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Gemeinderatspräsident fest, dass 38 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 19.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23 b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

115

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Heute darf ich mit Lisa Badertscher von der Fraktion SVP/EDU ein neues Mitglied im Rat begrüssen. Ich wünsche dir, liebe Lisa, viel Freude an der Ratsarbeit, am Debattieren, am Mitgestalten und am gesunden Streiten – oder besser: am konstruktiven Diskutieren. Viel Vergnügen und herzlich willkommen.

- Mit Beschluss Nr. 278 vom 24. August 2021 hat der Stadtrat die Botschaft Nr. 25 «Pavillon des Vereins Projekt KAFF, Nachtragskredit für die Subventionierung des Standorts» verabschiedet. Das debattieren wir heute.
- Mit Beschluss Nr. 295 vom 7. September 2021 hat der Stadtrat die Motion «Offenlegung der Finanzierung von Parteien, Gruppierungen, Wahl- und Abstimmungskomitees» von Gemeinderat Pascal Frey beantwortet. Das wird auch heute debattiert.
- Mit Beschluss Nr. 309 vom 14. September 2021 hat der Stadtrat die Botschaft Nr. 26 «Teilrevision des Reglements über die Kulturförderung und des Kulturfonds» verabschiedet.
- Mit Beschluss Nr. 321 vom 28. September 2021 hat der Stadtrat den Rücktritt von Wahlbüromitglied Lea Bloch per 30. September 2021 unter Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt. Das Vorschlagsrecht für das Ersatzwahlverfahren steht der Fraktion CH/GP/GLP zu.
- Mit Beschluss Nr. 322 vom 28. September 2021 hat der Stadtrat den Rücktritt von Wahlbüromitglied Maria Gysel per sofort unter Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt. Das Vorschlagsrecht steht der Fraktion SVP/EDU zu.
- Im Anschluss an die Gemeinderatssitzung orientiert der Stadtpräsident den Gemeinderat unter Ausschluss der Medien und Öffentlichkeit aus seinem Departement.

- Das Departement für Werke und Freizeitanlagen freut sich auf zahlreiche Anmeldungen zum Ausschwimmen im Hallenbad am Samstag, 23. Oktober 2021 um 10 Uhr. Anmeldungen für die Dernière werden bis zum 11. Oktober angenommen. Auch ungeübte Schwimmerinnen und Schwimmer sind herzlich eingeladen.

116

PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 25. AUGUST 2021

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Das Protokoll der Sitzung vom 25. August 2021 wurde am 2. September 2021 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Es sind keine Änderungswünsche oder Ergänzungen eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll gewünscht? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

117

ERSATZWAHL EINES MITGLIEDS DER GPK GESELLSCHAFT, GESUNDHEIT UND FREIZEITANLAGEN FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019-2023 (NACHFOLGE VON CHRISTOPH KELLER)

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Die Fraktion SVP/EDU hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin von Christoph Keller für den Rest der Legislatur.

Gemeinderat Anders Storrer (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Als Ersatz von Christoph Keller für die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen schlagen wir Gemeinderätin Lisa Badertscher vor und würden uns über eine breite Zustimmung freuen.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen vor, gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements die Wahl offen durchzuführen.

Abstimmung

Gemeinderätin Lisa Badertscher wird einstimmig als Mitglied der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen für den Rest der Legislatur 2019-2023 gewählt.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Ich gratuliere Lisa Badertscher zur Wahl und wünsche dir viel Freude in der GPK. Wie du siehst, bist du rasch mitten drin im Geschäft.

118

MOTION «OFFENLEGUNG DER FINANZIERUNG VON PARTEIEN, GRUPPIERUNGEN, WAHL- UND ABSTIMMUNGSKOMITEES» VON GEMEINDERAT PASCAL FREY

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Mit Beschluss Nr. 295 des Stadtrats wurde die Motion «Offenlegung der Finanzierung von Parteien, Gruppierungen, Wahl- und Abstimmungskomitees» von Gemeinderat Pascal Frey vom Stadtrat am 7. September 2021 beantwortet. Der Stadtrat beantragt in seiner Beantwortung an den Gemeinderat, die Motion für nicht erheblich zu erklären. Es ist unsere Aufgabe, im Rat zu debattieren, ob wir dem Antrag des

Stadtrats folgen möchten oder die Motion für erheblich erklären und dem Stadtrat oder dem Gemeinderat zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs zuweisen.

BERATUNG

Gemeinderat Pascal Frey (SP): Besten Dank an den Stadtrat für die Beantwortung meiner Motion, die wir nun behandeln. Die Beantwortung ist kurz und knapp ausgefallen. Das allein muss nicht heissen, dass die Beantwortung schlecht ist. Im vorliegenden Fall aber wurden meine Argumente und Vorgaben ziemlich offensichtlich ignoriert. Schade. Bevor ich zu den einzelnen Punkten komme, möchte ich Ihnen nochmals kurz aufzeigen, was eigentlich meine Absicht ist. Komitees für kommunale Abstimmungen und Wahlen sollen den Gesamtbetrag für ihren Wahl- bzw. Abstimmungskampf offenlegen. Zusätzlich sollen Spenden, die kumuliert eine gewisse Höhe überschreiten, deklariert werden. Der Rest ist Detail – also zu den Details:

Wie der Stadtrat schreibt, ist das Instrument auf nationaler Ebene und in anderen Kantonen und Städten bereits eingeführt bzw. am Kommen. Ich bin der Meinung, dass wir früher oder später die Offenlegung auch in Frauenfeld einführen werden, ob Sie das nun wollen oder nicht. Dies hat auch der Titel von heute in der Thurgauer Zeitung bewiesen, den ich Ihnen noch heute zukommen lassen habe. Das bedeutet, jetzt haben wir gemeinsam die Möglichkeit, unsere Vorstellungen und Ideen einzubringen. Denn wenn Frauenfeld eine gute Lösung hat, wird diese zumindest für den Kanton eine wichtige Rolle spielen. Und ja, es ist ein Thema, dass der ganze Kanton eine solche Regelung einführen sollte. Aber eben, wenn der Kanton diktiert, auch wenn der Kantonsrat den Auftrag gibt, wird es nicht so, wie wir es für am besten halten, weil noch ganz viele andere mitreden. Dieses positive Argument sieht auch der Stadtrat, der die Risiken viel stärker gewichtet – mit mir rätselhaften Argumenten. Denn in meiner Motion habe ich geschrieben «Zweckmässige und möglichst unbürokratische Regelungen zur Überprüfung und Deklaration der Offenlegungspflicht, zum Beispiel mittels Online-Formular und Stichproben». Der Stadtrat schreibt nun aber, dass der administrative Aufwand für die Verwaltung und die Komitees viel zu gross wäre – ohne Begründung. Ich kann Ihnen gern sagen, wie ich es mir vorstelle. Die Komitees, Parteien etc. laden bis spätestens am Montag vor der Abstimmung oder der Wahl ihren Gesamtbetrag und die deklarierungspflichtigen Spenden mittels Online-Formular auf frauenfeld.ch hoch. Die Verwaltung prüft den Eingang. Dieser Schritt erfordert weder von der einen noch von der anderen Seite einen grossen Aufwand. Und bis spätestens drei Wochen nach dem Urnengang müssen die Zahlen aktualisiert sein, falls es noch Änderungen gibt. Das ist auch der Zeitpunkt, an dem die Verwaltung von jeweils einem oder zwei Komitees die Abrechnung verlangen kann und kurz kontrolliert. Und ja, dabei gibt es mehrere Umgehungsmöglichkeiten. Diese gibt es immer. Gerade sind wieder einige Steueroptimierer oder Steueroptimierende aufgefliegen. Ich denke aber, es ist im Sinn der Komitees, ihre Daten korrekt darzustellen. Denn Lügen haben bekanntlich kurze Beine. Und sich wegen ein paar Franken mehr Spendengeldern strafbar zu machen, lohnt sich wohl kaum. Auch finde ich, wie übrigens auch die Mehrheit der Bevölkerung, wenn man die Abstimmungsergebnisse der letzten Abstimmungen zu diesem Thema anschaut, dass die Komiteefinanzierung keine Privatsache ist. Und von einer Parteienfinanzierung sprechen wir hier ja gar nicht. Es geht nur um Abstimmungen und Wahlen auf kommunaler Ebene. Da bin ich der Meinung, dass es uns guttut, etwas Licht in die Sache zu bringen. Und genau das ist mein Ziel.

Mit der Erlaubnis meiner Mitmotionäre lege ich unsere Zahlen für den Abstimmungskampf zur Unvereinbarkeitsregelung offen. Unser Gesamtbudget betrug 1'729.65 Franken. Die grösste Einzelspende war 300 Franken, bzw. wenn man die eine Partei und dazugehörige Fraktion zusammenrechnet – wegen der möglichen Umgehung –, wären es 600 Franken. Und damit wir gleich noch etwas mehr reale Zahlen haben für die Diskussion über die mögliche Höhe der Summe, gebe ich Ihnen hier auch noch die Zahlen des Gemeinderatswahlkampfes der SP von 2019 bekannt. Als Gesamtbudget hatten wir 13'861.10 Franken. Die grösste Einzelspende war

400 Franken. Sie sehen also, es tut nicht weh, diese Zahlen offenzulegen, auch wenn es uns Schweizern irgendwie schwerfällt, darüber zu sprechen. Aber es tut nicht weh. Im Gegenteil. Es ist doch interessant zu sehen, wie es bei den anderen aussieht. Und vielleicht hat es unser Gegenkomitee jetzt da gerade gereizt, die Zahlen ebenfalls offenzulegen.

Mit den obigen Zahlen und der Grösse von Frauenfeld würde ich sagen, dass wir den offenzulegenden Betrag irgendwo zwischen 500 und 800 Franken für Spenden legen sollten. Denn mit den erwähnten Beispielen liegt der Anteil am Gesamtbetrag bei der Abstimmung bei knapp 50 % und wenn jemand 50 % eines Abstimmungskampfs bezahlt, ist das doch nur fair, wenn das Volk sieht, wer Interesse am Erfolg des Anliegens hat. Beim Wahlkampf liegt der Anteil mit 7.5 % deutlich tiefer. Da dies aber vor allem Sympathiebekundungen mit der entsprechenden Partei oder Gruppierung sind, ist es auch hier vertretbar, dass wir somit das Vertrauen in die Demokratie stärken können. Nun, stärken Sie eben diese Demokratie zusammen mit mir und lassen Sie sich nicht von den Ängsten, die der Stadtrat schürt, einschüchtern. Regeln wir diese Punkte und lüften den Schleier über die Finanzierung ein Stück weit. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Ich habe heute leider keine netten Worte für den Stadtrat dabei, dafür ein paar deutliche. Die Beantwortung der Motion von Kollege Frey werten meine Fraktionsgspänli in unterschiedlichem Ausmass irgendwo zwischen etwas dürftig und eher am Ziel vorbei. Ich persönlich wäre da eher beim Prädikat «Frechheit», aber ich spreche ja für die Fraktion.

Der Stadtrat will nichts von einer Regelung zur Offenlegung der Finanzierung von Parteien, Gruppierungen, Wahl- und Abstimmungskomitees wissen. So weit so erwartbar. Dass sich der Stadtrat seiner Sache aber dermassen sicher ist, dass er es nicht mal für nötig hält, eine saubere Motionsantwort zu liefern, zeugt nicht gerade von Respekt gegenüber der Legislative. Ich meine, eine SWOT-Matrix für die Beantwortung eines Vorstosses abzubilden, ist eine spannende Idee. Mit der Entscheidung, die Analyse, die zu diesen Ergebnissen geführt hat, zu unterschlagen, wurde aus der tollen Idee allerdings eine Bankrotterklärung der Exekutive. Schauen wir uns die SWOT-Matrix auf Seite 3 doch einmal an, die ist schliesslich der Kern der stadträtlichen Antwort.

Wenn man diese Matrix als in Stein gemeisselt betrachtet, ist der Fall klar. Das Hauptgewicht liegt ganz entschieden bei den sage und schreibe sechs Risiken. Die Folge daraus: Bloss keine Regelung einführen. Hier steht es ja. Systematisch eingeteilt, objektiv interpretierbar schwarz auf weiss. Der gemeine Gemeinderat akzeptiert die ihm vorgelegten Informationen aber selbstverständlich nicht einfach, er hinterfragt sie. Ist die Matrix vielleicht unbrauchbar? Schauen wir uns einmal die vielen Risiken an.

Das erste Risiko: Eingriff der Stadt in die finanzielle Privatsphäre. Diesen Punkt lasse ich dem Stadtrat, es ist ein Risiko, anderen ins Portemonnaie zu schauen. Fragt sich vielleicht nur, für wen das Risiko besteht.

Das zweite Risiko: Die Regelung könnte zu weniger Spendeneinnahmen führen. Warum der Stadtrat dies als Risiko sieht? Keine Ahnung. Man stelle sich das mal vor. Weniger Plakate an den Kandelabern, dafür beachtet man sie auch. Weniger bezahlte Inserate in der Frauenfelder Woche, dafür weiterhin Platz für redaktionelle Analysen. Mehr Qualität statt Quantität. Das wäre doch kein Risiko. Aber eben – wenn ... Mein eigenes «Was-wäre-wenn-Maschineli» ist sich nicht sicher, ob es nicht vielleicht sogar mehr Spendeneinnahmen geben könnte. Dass es weniger geben soll, ist eine unbegründete Mutmassung des Stadtrats. Ich mutmasse in die andere Richtung. Das Verbleiben dieses Arguments bei den Risiken macht also keinen Sinn. Es bleiben fünf von sechs.

Das nächste Risiko: Erzeugen einer Scheintransparenz, wenn die Parameteroffenlegung nicht angemessen festgelegt werden. Hier ist die Wenn-Formulierung bereits drin, wodurch impliziert wird, dass man das Risiko verhindern kann. Eben genau damit, dass die Parameter angemessen festgelegt werden. Und das haben wir in der Hand. Der Stadtrat hätte ja einen Vorschlag machen können, wie das in etwa aussehen würde. Aber dazu hätte er sich ernsthaft mit der Motion auseinandersetzen müssen. Es bleiben vier von sechs Risiken.

Ja, das Argument der Frauenfelder Insellösung. Dieses Risiko stellt der Stadtrat bereits selbst als solches infrage, führt er doch das Argument unter dem Schlagwort «Vorreiterrolle» als Chance auf. Sieht der Stadtrat das Argument nun als Chance oder als Risiko? Man weiss es wiederum nicht, da keine politische Wertung gemacht wurde. Wir übernehmen diesen Part gern. Das Bedürfnis nach Transparenz wächst und sollte befriedigt werden. Die SP-Fraktion ist der Meinung, es ist unsere Aufgabe als Kantonshauptstadt, vorwärtszumachen und die Vorreiterrolle einzunehmen. Wir kennen ja den Kanton und dessen nicht ganz so visionäre Politik. Immerhin sind auch in Arbon Bestrebungen für eine eigene Lösung vorhanden. Ich will es nicht Arbon oder einem anderen Provinzstädtchen überlassen, die Vorreiterrolle im Kanton zu übernehmen. Das soll Frauenfeld machen. Frauenfeld kann das. Diese Insellösung ist also effektiv eine Chance zu mehr Transparenz. Was wir damit riskieren sollen? Schleierhaft. Wir haben also noch drei Risiken übrig.

Die Umgehung der städtischen Regelung über die Parteistrukturen ist möglich. Besten Dank für das öffentliche Bekenntnis des Stadtrats zur Vogel-Strauss-Politik. Seien Sie sich bewusst, wenn eine Offenlegungspflicht besteht und zum Beispiel einzelne Abstimmungs- oder Wahlkampagnen plötzlich ganzheitlich von Kantonalparteien finanziert werden, dann ist schnell öffentlicher Druck generiert. Solche Geschichten wären ein gefundenes Fressen für die lokalen Medien, denen ich diese Storys gern gönnen würde. Dann stehen mauschelnde Parteien oder Komitees relativ schnell dumm da. Auch ein Präzedenzfall vor Gericht hätte selbstverständlich seine Wirkung. Aber warum hole ich überhaupt so weit aus? Am Ende gibt es zum Beispiel auch immer wieder Personen, die ihre Steuererklärung nicht wahrheitsgemäss ausfüllen oder in der 30er-Zone 35 km/h fahren. Da kommt es auch keinem in den Sinn, deswegen auf das Erheben von Steuern oder die Einführung von 30er-Zonen zu verzichten, weil man solche Regelungen umgehen kann. Völlig absurd. Wir sind also noch bei zwei Risiken.

Kommen wir zum letzten Risiko. Ich kann es kurz machen. Eine Regelung würde administrativen Aufwand mit sich ziehen. Ja unglaublich, man müsste sich tatsächlich 30 Minuten Zeit nehmen und die ohnehin vorhandene Abrechnung eines Wahl- oder Abstimmungskampfs für die Öffentlichkeit anschaulich darstellen. Hier gibt der Stadtrat seine Argumentation endgültig der Lächerlichkeit preis. Ich führe das nicht noch weiter aus. Es bleibt nur noch ein Risiko übrig.

Ja, und damit brauch es auch gar nicht so viel Fantasie, um sich vorzustellen, wie die Matrix nun aussieht, da lediglich der Risikoteil stark dezimiert wurde. Somit konnte ich mit ca. einer Seite Text das Gewicht von den Risiken auf die Chancen verlagern. Dies führt zum ebenso einfachen wie logischen Schluss. Wir brauchen unbedingt eine solche Regelung, wie sie gerade zur Diskussion steht. Wer also für Transparenz, klare Regeln, qualitative Wahl- und Abstimmungskämpfe, ein progressives Frauenfeld mit Vorreiterrolle und gegen Mauschelei und Vogel-Strauss-Politik ist, kommt kaum darum herum, es der SP-Fraktion gleichzutun und für die Erheblichkeit ihrer Motion zu stimmen.

Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Transparenz stärkt unsere Demokratie, Transparenz fördert den Meinungsbildungsprozess, Transparenz schafft Vertrauen in die Politik. Diese Statements kommen euch möglicherweise bekannt vor. Darüber haben wir hier im Rat im Januar diskutiert, als es um die Erheblicherklärung der Motion «Schaffung eines Informationsreglements» ging. Es ging im Januar darum, das Handeln unserer

Behörden transparenter zu gestalten und dem Öffentlichkeitsprinzip zum Durchbruch zu verhelfen. Heute Abend geht es um ein verwandtes Thema, gewissermassen um die andere Seite der Medaille. Die Motion von Pascal Frey will Transparenz schaffen bei der Finanzierung von städtischen Abstimmungs- und Wahlkampagnen und verlangt, dass Spenden offengelegt werden. Es ist klar, von dieser Motion sind wir als Vertreterinnen und Vertreter der Frauenfelder Parteien ganz direkt betroffen. Darum dürfte es diese Motion auch nicht ganz einfach haben. Wir sind nämlich gefordert, mit uns selber ehrlich zu sein. Was wir an Transparenz von unserem Stadtrat und unserer Verwaltung fordern, soll auch für unsere Parteien und Abstimmungskomitees gelten. Politische Argumente brauchen Sichtbarkeit in der öffentlichen Diskussion. Die Möglichkeit, bei Wahlen und Abstimmungen Geld ausgeben zu können, ist bei der Mobilisierung der Stimmberechtigten ein ganz wichtiger Wettbewerbsvorteil. Darüber sollten die Stimmberechtigten in einer direkten Demokratie Bescheid wissen. Das gehört quasi auch zur Ausstattung unseres politischen Systems, dass man weiss, wer welche Mittel im Abstimmungskampf zur Verfügung hat. Es ist aber keine Überraschung, dass Transparenzregeln bei der Bevölkerung grosse Sympathien geniessen. In der Stadt Bern haben vor gut einem Jahr 88 % der Stimmberechtigten den neuen Transparenzregeln zugestimmt. Die Stadt Bern ist die erste Schweizer Gemeinde, die diese Regeln auf kommunaler Stufe eingeführt hat. Ich bringe ein weiteres Beispiel. In unserem ländlichen Nachbarkanton Schaffhausen haben die Stimmberechtigten ebenfalls letztes Jahr mit 54 % einer entsprechenden Initiative zugestimmt. Sie sehen also, das Thema ist für die Bevölkerung wichtig. Die zentrale Frage heute Abend lautet: Wollen wir abwarten, bis der Kanton handelt oder sind wir bereit, im Interesse unserer Frauenfelder Stimmberechtigten selber zu handeln und damit im Thurgau eine Vorreiterrolle einzunehmen?

Der Stadtrat hat sich in der Beantwortung der Motion dafür ausgesprochen, zuerst einmal abzuwarten, bis das Anliegen dereinst auf kantonaler Ebene aufgegriffen wird. Eine Frauenfelder Insellösung sei nicht sinnvoll. Auch in unserer Fraktion gibt es vereinzelt Stimmen, die diese Auffassung teilen. Die Mehrheit unserer Fraktion sieht das jedoch anders. Auf den Kanton zu warten, das dauert definitiv zu lange, wenn man sich in Erinnerung ruft, wie viel Zeit ins Land ging, bis der Kanton Thurgau als letzter Kanton in der Schweiz das Öffentlichkeitsprinzip eingeführt hat. Im Grossen Rat sind derzeit auch keine Vorstösse zu Transparenzregeln hängig und es ist auch ungewiss, ob es dafür Mehrheiten gäbe. Als grösste Thurgauer Stadt und Kantonshauptort sollten wir es uns zutrauen, Transparenzregeln selbstständig einzuführen. Das ist gelebte Gemeindeautonomie, die wir nicht nur in Sonntagsreden ansprechen sollten, sondern wir als Stadt Frauenfeld sollten von diesem schönen Recht auch hin und wieder Gebrauch machen. Falls der Kanton dann dereinst selber einmal Regeln aufstellen würde und diese Regeln nicht nur für den Kanton, sondern auch für die Thurgauer Gemeinden gelten würden, könnten wir unser Reglement selbstverständlich wieder zurückziehen. Gegen das würde nichts sprechen.

Es gibt noch ein weiteres Thema. Wir können auch nicht auf die Bundesregelung warten. Beim Bund ist eine Regelung in Vorbereitung, darüber werden wir voraussichtlich nächstes Jahr abstimmen, aber es ist klar, der Bund regelt ausschliesslich Abstimmungen und Wahlen auf nationaler Ebene. Der Bund hat keine Kompetenzen, uns hier in Frauenfeld zu sagen, wie wir die Finanzierung offenzulegen haben. Also auch hier bringt Abwarten überhaupt nichts.

Der Stadtrat argumentiert in der Motionsbeantwortung, dass die Transparenzregeln einen zu grossen administrativen Kontrollaufwand zur Folge hätten. Wir sind auch der Auffassung des Stadtrats, dass ein solcher Bürokratieaufwand für Parteien und Stadt unbedingt vermieden werden müssen. Dafür gibt es aber Lösungen. Wir haben Lösungen schon in der Stellungnahme von Pascal Frey gehört. Wir von unserer Fraktion setzen hier vor allem auf Selbstdeklaration und nicht auf übertriebene behördliche Kontrollen. Dieser Weg erscheint uns in Frauenfeld sehr erfolgversprechend zu sein. Bei uns in Frauenfeld sind die Verhältnisse übersichtlich. Wenn jemand auf die Idee kommt, zu tiefe Zahlen in den Budgets von Wahlen und Abstimmungen bekanntzugeben, kommt das schnell ans Licht und dürfte für einen erheblichen Reputationsschaden der

betreffenden Partei oder des Komitees sorgen. Wir alle hier im Saal wissen, was ein Flyerversand in alle Haushalte kostet und wir können die Kosten von Zeitungsinseraten auch selber zusammenzählen. Da bleiben also sehr wenige Schlupflöcher, um diese Regeln zu umgehen. Der Aufwand kann somit geringgehalten werden, das ist keine Hexerei.

Der Stadtrat weist dann auch darauf hin, dass die Regeln umgangen werden könnten. Wir haben es von den Vertretern der SP bereits gehört, das ist kein Argument, denn wie gesagt, Regeln können immer verletzt werden und das ist kein Grund, darauf zu verzichten. Und wie gesagt, es gibt sehr gute Gründe, in dieser Geschichte ehrlich zu sein, denn wer bei falschen Angaben erwischt wird, wird das selber ausbaden müssen. Es gibt Befürchtungen, dass mit der Einführung der Transparenzregeln die Spendefreudigkeit zurückgeht, dafür gibt es keine Belege. In den Kantonen, welche diese Regeln bereits kennen, ist kein Rückgang feststellbar, das hat man auch heute in der Thurgauer Zeitung gesehen mit dem Beispiel aus dem Kanton Freiburg, wo doch knapp 140'000 Franken in einen Ständeratswahlkampf investiert werden. Also das sieht nicht nach Rückgang aus trotz der Offenlegungspflicht im Kanton Freiburg. Bei uns in Frauenfeld werden sich die allermeisten Spenden in einem Bereich bewegen, der unter dem angestrebten Schwellenwert zu liegen kommt. In den meisten Fällen werden also die Einnahmen gar nicht bekanntgegeben. Wie hoch dieser Schwellenwert dann sein soll, müssen wir heute Abend nicht festlegen. Wenn die Motion überwiesen wird, können wir diesen Punkt in aller Ruhe anschauen und eine ausgewogene Lösung zu diesen Schwellenwerten treffen. Anders als bei diesen niedrigen Spenden ist die Situation bei Grossspenden, die über einen bestimmten Schwellenwert zu liegen kommen. In diesen Fällen werden die Namen der Spenderinnen und Spender bekanntgegeben. Das ist nicht anders als richtig, denn es leuchtet ein, dass die Spender/innen dazu stehen sollten, dass sie nämlich Einfluss nehmen wollen auf Abstimmungen oder Wahlen und dass sie bereit sind, dafür einen grossen Geldbetrag einzusetzen. Bei den meisten Grossspendern in der Realität ist das auch kein Problem. Prominentes Beispiel ist Christoph Blocher, der oft und gern darauf hinweist, dass er einen Abstimmungskampf mit einem namhaften Beitrag unterstützt hat, wobei er allerdings die genauen Beiträge jeweils im Dunkeln lässt. Also ein Problem bei diesen Grossspendern, die mit Namen genannt werden, haben eigentlich nur Leute, die aus was für Gründen auch immer anonym bleiben wollen. Und das Anonymbleiben verdient eigentlich keinen Schutz. Die Fraktion CH/GP/GLP wird der Motion grossmehrheitlich zustimmen.

Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU: Wir danken dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Motion. Zudem teilen wir die Meinung des Stadtrats und stimmen einstimmig für das Nichterheblicherklären der Motion. Wir sehen ebenfalls die Problematik, dass bei einer Annahme der Motion Sponsoren abspringen könnten. Auch wird es schwierig sein, diverse Einnahmen zu kontrollieren. Klar, wenn jetzt von der Stadt Frauenfeld etwas ausgearbeitet würde, hätten wir es derzeit in der Hand, einige Punkte mitzubestimmen. Wenn aber ein übergeordnetes Reglement kommt, dann hätte jenes der Stadt Frauenfeld keine Gültigkeit mehr.

Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Ja, die vorliegende Motion vermittelt so ein bisschen das Gefühl, dass die Spendengelder im Frauenfelder Politbetrieb reichlich fliessen. Ich habe das zum Anlass genommen, die Spendeinnahmen der Frauenfelder Mitte in den letzten Jahren ein wenig unter die Lupe zu nehmen, dabei sind mir ehrlich gesagt fast die Tränen gekommen. Sind wir tatsächlich die einzigen, die es nicht schaffen, potente Geldgeber hinter uns zu scharen? Oder ist es halt doch so, dass da gar nicht so viel Geld im Spiel ist, wie es der Vorstoss suggeriert? Ich gehe schwer davon aus, dass Letzteres der Fall ist. Und damit sind wir auch beim fundamentalen Missverständnis dieser Motion. Der Ruf nach mehr Transparenz bei der Politikfinanzierung mag auf nationaler und vielleicht sogar auch noch auf kantonaler Ebene eine gewisse Berechtigung haben, wenn es doch auch um namhafte Beträge gehen kann. Die Plattitüde, wer zahlt befiehlt, kommt in diesem Kontext sicher nicht von ungefähr. Aber hier sprechen wir von der Stadt Frauenfeld und damit ver-

gleichsweise von Peanuts bzw. in Zahlen ausgedrückt von 2-3 Nullen weniger bei den grössten Spenden. Wir wollen das Thema an sich nicht marginalisieren, aber dass wir es hier auf kommunaler Ebene diskutieren, halten wir nicht für sachgerecht. Bei einer Umsetzung des Anliegens würde sich ja dann insbesondere die Frage nach den massgebenden Schwellenwerten stellen, wozu sich die Motion ausschweigt. Hier zeigt sich aber das zentrale Problem, wenn grosse Themen auf der untersten Stufe angegangen werden wollen. Werden bestehende kantonale Regelungen als Massstab genommen, müssten in Frauenfeld wohl bereits Spenden ab einigen Hundert Franken offengelegt werden, und da würde doch selbst der grösste Zyniker kaum ernstlich behaupten wollen, dass mit deren Entgegennahme ein Verlust der Unabhängigkeit der bedachten Partei einhergehen würde. Wird die Schwelle aber wesentlich höher angesetzt, was mit Blick auf den Grundgedanken der Motion ja dann auch sachgerecht wäre, schaffen wir einen Papiertiger, der – wenn überhaupt – höchstens alle paar Schaltjahre zur Anwendung kommt. Wir verschwenden dann einfach Steuergelder für die Schaffung eines Gesetzes, das abgesehen von administrativem Aufwand bei der Stadt und bei den Parteien nichts bringt. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass diese Mittel für die Lösung von echten Problemen eingesetzt werden sollten und wir sind in diesem Sinn für Nichterheblicherklärung.

Gemeinderat Reto Brunschweiler (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Ich muss zugeben, in den letzten Wochen hat sich mein Interesse gegenüber der Finanzierung von im Titel genannten Organisationen und Institutionen durchaus verstärkt. Ich vermute aus den gleichen Gründen, wie sie Kollege Frey zu dieser Motion veranlasst haben. Einfach aus Sicht der politisch anderen Seite. Wenn ich den einschlägigen Zeitungen entnehme, dass eine Gewerkschaft, welche sich politisch auf allen Stufen legitim für ihre Klientel einsetzt, über ein Vermögen von 950 Mio. Franken verfügt, muss einen das hellhörig machen. Jä guet, sig's, wie's wöll. Von subjektiven Gefühlen, Vermutungen und dem ghöre säge darf man sich in solchen Fragestellungen bekanntlich nicht leiten lassen. Trotzdem wird lustigerweise zeitgleich in diversen Städten die praktisch gleiche Motion behandelt. Ein Schelm, der hier was Schlimmes denkt. Die Motion verlangt vom Stadtrat eine Regelung zur Offenlegung der Partei-, Abstimmungs- und Wahlkampffinanzierung. Die Offenlegung der Abrechnungen hat vor dem entsprechenden Wahl- oder Abstimmungstag zu erfolgen und würde Parteien, Organisationen und Privatpersonen betreffen. Der Stadtrat soll dazu auch eine Regelung zur Sanktionierung bei Nichteinhaltung der Vorgaben erlassen. Die Fraktion FDP sieht die aktuell geltenden rechtlichen Aspekte betreffend die Umsetzbarkeit der geforderten Massnahmen grundsätzlich als kritisch an. Ob hier übergeordnetes Recht in verschiedenen Bereichen, zum Beispiel im Datenschutz etc. tangiert würde, müsste vorgängig abschliessend geklärt werden. Vielmehr müssen zuerst top down die gesetzlichen Voraussetzungen durch Staat und Kanton geschaffen werden, damit dann noch geregelt werden kann, was noch zu regeln wäre, wenn überhaupt.

Inhaltlich haben wir versucht, einen Mehrwert zu eruieren. Kurz: Es ist uns nicht gelungen. Die Forderung nach mehr Transparenz für den Stimmbürger wird heute immer und überall bemüht. Diese Transparenz muss aber in einem angemessenen Aufwand-/Nutzenverhältnis geschaffen werden können. Dies sehen wir bei der zur Diskussion stehenden Motion nicht gegeben. Es ist der theoretische Versuch, eine Scheintransparenz zu schaffen, welche mehr Verwirrung als Klarheit schaffen wird. Die Realität ist aber meistens so, dass bis über das Wahl- und Abstimmungsdatum hinaus Aufwendungen für die Wahl- und Abstimmungskämpfe nicht abschliessend beziffert werden können. Was heisst denn Offenlegung bis zum Wahl- und Abstimmungstag? Am Morgen des Wahlsonntags noch eine Liste mit Spendern eingeben, obwohl bekanntlich die Mehrheit der Stimmbürger ihre Wahl- und Abstimmungsunterlagen bereits viel früher brieflich abgegeben hat? Uns fehlt der Mehrwert. Der Aufwand für das Zusammenstellen der Unterlagen wird die beschriebenen Institutionen und Einzelpersonen zusätzlich belasten. Es ist neben einem zu führenden Wahl- und Abstimmungskampf wenig motivierend, wenn dazu noch bürokratischer Unsinn vollzogen werden muss. Uns fehlt auch hier der Mehrwert. Wenn Spender öffentlich publiziert werden, ist das nicht immer im Sinn des Spenders. Vielleicht unterstützt er eine

Person im Wahlkampf, welche nicht seiner politischen Parteiheimat entspricht. Dies kann zu sozialem und wirtschaftlichem Druck führen. Diese Überlegungen würden Spender künftig sicher machen und in einem solchen Fall auf eine Unterstützung verzichten oder die Beträge über andere Wege investieren. Uns fehlt der Mehrwert. Die Eingaben müssen durch ein Gremium kontrolliert und ausgewertet werden. Ob eine Vereinigung oder eine Einzelperson zur Offenlegung ihrer Finanzflüsse verpflichtet werden kann, stellen wir infrage. Wir wollen, dass die Stadtverwaltung ihre Kerngeschäfte schlank erfüllen kann und nicht vier Mal im Jahr mit der Kontrolle und der Auswertung von Abrechnungen belastet wird. Und wenn die Stadtverwaltung dann auch noch als Rechnungspolizist missbraucht werden muss, wird der Aufwand zum erzielten Nutzen definitiv zu gross. Damit verkommt eine solche Regelung zu einem reinen Papiertiger und – Sie ahnen es – uns fehlt der Mehrwert. Die Fraktion FDP sieht in der Motion keinen Mehrwert und wird sie einstimmig als nicht erheblich erklären.

Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im eigenen Namen: Wir sprechen von Transparenz. Es wurde ziemlich alles gesagt. Fast alles. Was bei der Transparenz nicht gesagt wurde, was die Grundlage unserer Parteifinanzierung ist. Darüber wurde heute Abend nicht gesprochen. Daher ist es mir wichtig, wenn die Motion als erheblich erklärt wird, dass der Stadtrat sich dazu Gedanken machen muss. Unsere Parteien sind sehr unterschiedlich zusammengestellt. Unsere Mitglieder haben verschiedene Herkunft, verschiedene Bildungen und auch verschiedene Einkommen. Und wenn wir schon von Transparenz sprechen, machen wir es transparent. Dann legen wir die Parteifinanzierungen ebenfalls offen auf. Also wir weisen nicht nur die Jahresbeiträge aus, die jeder von uns bezahlt, sondern wir weisen auch die sogenannten Solidaritätsfonds aus. Beispiele haben es gezeigt, man kann scheinbar in Freiburg einen Wahlkampf aus der Parteikasse finanzieren. Es ist aber unklar, wer das Geld eingezahlt hat. Dann müsste man eigentlich beim Solidaritätsfonds vier Jahre lang zusammenzählen, wer was einzahlt, das ergibt dann die Spende, mit der man den Wahlkampf gemacht hat. Also volle Transparenz. Dann geht es ja noch weiter mit der Transparenz. Sie alle oder die meisten Parteien hier drin erhalten ja auch noch von den meisten Funktionären etwas. Sprich, es gibt Geld. Dann listen wir auf, dass eine Stadträtin oder ein Stadtrat 2'000 Franken, 3'000 Franken oder 5'000 Franken, ein National- oder Bundesrat vielleicht 10'000 Franken gibt. Ich bin nicht ganz sicher, ob wir Parteien uns damit nicht ins eigene Bein schneiden, weil die am Schluss sagen, ich wähle einen, der parteilos ist, denn die finanzieren sich so selber. Aber volle Transparenz. Und wenn ich als Unternehmer, der kein schlechtes Einkommen hat, noch etwas sagen darf: Wenn wir die ganz volle Transparenz wollen, dann schreiben wir vorneweg auch noch unsere Löhne hin und dahinter die Stunden, die wir für dieses Geld gearbeitet haben. Dann haben wir Transparenz, dann bin ich dabei. Sofort. Dann können wir jederzeit mitmachen. Und aus diesem Grund lehne ich ab.

Gemeinderat Alfred Bloch (SP), Referent im eigenen Namen: Es wird immer wieder vom Aufwand gesprochen und ich wundere mich schon, dass ihr bei der FDP bei Wahlen und Abstimmungen kein Budget macht, dass ihr nicht die Einnahmen und Ausgaben irgendwo aufschreibt. Ich glaube das nicht. Das macht ihr sicher, wir machen es auch bei der SP. Wir machen zuerst ein Budget und dann werden Ausgaben und Einnahmen buchhalterisch festgehalten. Das machen wir ja so oder so, das ist doch nicht ein zusätzlicher Aufwand. Ja, die Parteifinanzierung. Ich kann sagen, ich bezahle die Mitgliederbeiträge, ich bezahle einen Solidaritätsbeitrag und ich bezahle 15 % des Sitzungsgelds. Das wissen aber alle, das wird auch auf kantonaler Ebene bei der SP so gemacht und das wird auch auf nationaler Ebene so gemacht. Da herrscht Offenheit. Also wir verstecken nichts. Und wir haben auch nichts zu verstecken. In diesem Sinn bitte ich Sie, für Transparenz zu sorgen, auch in Frauenfeld.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im eigenen Namen: Ich möchte an dieser Stelle nur zwei Zahlen nennen. Netterweise hat Pascal Frey uns darüber informiert, wie es in Freiburg der Fall ist. Da sieht man doch ganz eindeutig: Bei Der Mitte sind 1'500 Franken von

der Firma TR Invest bezahlt worden und 115'000 Franken sind von der SP-Kasse in die Wahlen investiert worden. Für mich Verhältnisblödsinn. Sorry.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Wieder einmal eine Regelung. Haben wir in der Vergangenheit bei Wahlen und Abstimmungen in Frauenfeld wesentlich darunter gelitten, dass wir über deren Finanzierung nicht so viel gewusst haben? Ist das ein Missstand, den es zu beheben gilt? Oder ist es einfach der Gwunder von Pascal Frey, es wäre doch ganz interessant zu wissen, ist es einfach der Gwunder und deshalb wollen wir da Transparenz hineinbringen? Die Frage stellt sich bei jedem Regelungsanliegen immer. Gibt es etwas, was es notwendig macht? Transparenz allein genügt für mich als Argument nicht, genügt auch für den Stadtrat als Argument nicht. Es müssen schon noch mehr Argumente her. Gut, wir haben einige Argumente gehört und wir haben auch Hiebe bekommen, und auf diese Hiebe möchte ich natürlich reagieren.

Zum einen die Frage des Verwaltungsaufwands: Ich bitte Sie, diesen nicht zu unterschätzen. Und zwar nicht den, den Sie meinen, dass es gäbe, sondern den, den es dann wirklich in Tat und Wahrheit geben wird, wenn man dann einmal diese Regelung aufgestellt hat, wenn man dann die ersten Erfahrungen gemacht hat, die Regelung dann allenfalls anpasst usw. Wir wissen es, wie es geht mit Regelungen. Wenn man mal angefangen hat, wird es Fälle geben, wo man sagt, oh ja gut, das haben wir vergessen, also müssen wir das Reglement anpassen. Jede Regelung, die neu eingeführt worden ist, hat auf lange Dauer immer zu zusätzlichen Regulierungen geführt und zu entsprechendem Verwaltungsaufwand.

Auf die Umgehungsmöglichkeiten haben wir hingewiesen. Da schadet man sich selber. Ja, da schadet man sich selber, aber es muss ja zuerst auch aufgedeckt werden. Wer deckt denn das auf? Ist das dann wieder die Verwaltung, die dem nachgehen muss? Ist das ein Auftrag, den die Stadt erhält, das aufzudecken? Oder dürfen es dann die Medien machen? Okay, wäre möglich. Es kann aber sein, dass man, wenn man es in den Medien liest, auch wieder auf die Idee kommt, ach ja, das könnten wir noch regulieren, dann haben wir den Salat letztlich doch wieder in der Verwaltung. Einfach langjährige Erfahrung eines Verwaltungsangestellten, der da spricht.

Sie haben angesprochen, Sie hätten bei den Spenden nicht so Angst. Wir gehen davon aus, dass es einen Rückgang geben wird, weil eben Frauenfeld relativ kleinräumig ist. Im Übrigen ist die Stadt Schaffhausen mit 35'000 Einwohnern einiges grösser, mit Neuhausen zusammen sind es 45'000, dann haben wir 82'000 im Kanton Schaffhausen. Der Kanton Schaffhausen ist ein städtischer Kanton, kein ländlicher Kanton. Ich habe das selber auch gemeint, weil ich in Beggingen gewohnt habe, aber es ist definitiv ein städtischer Kanton. 45'000 sind in Städten zu Hause. Ich denke, die Spenden werden allenfalls zurückgehen. Das wird auch uns Journalisten – ich bin ja selber auch Journalist – treffen. Denn wenn weniger Inserate in der Zeitung sind, hat es vielleicht mehr Platz, solange man die Zeitung noch mit 16 Seiten macht und nicht, weil weniger Inserate kommen, auf 14 Seiten reduziert. Dann haben wir den ganzen Platz für journalistische Leistung wieder verloren und können auf die asozialen Medien umschwenken, wo wir dann Informationen lesen können, wie wir sie nicht wünschen. Insofern denke ich, haben wir in der Antwort in der SWOT-Analyse durchaus Argumente aufgeführt, die wir als schlagkräftig anschauen. Ich verstehe, dass das nicht aus jeder Sicht gleich schlagkräftig ist. Ganz so einfach lassen sie sich allerdings nicht abtun, wie das Gemeinderat Ralf Frei gemacht hat. Wir sind der Meinung, dass wir diese SWOT-Analyse sorgfältig gemacht haben. Wir kommen zum Schluss, dass es eine Regelung auf kommunaler Stufe zum jetzigen Zeitpunkt so nicht braucht, dass es keine Insellösung braucht, sondern dass wir die übergeordnete Regelung zuerst haben müssen, damit wir auf kommunaler Ebene dann das so umsetzen, wie es auch Sinn macht und auch auf übergeordneter Ebene umgesetzt werden kann. Aus diesem Grund empfehlen wir Ihnen, die Motion für nicht erheblich zu erklären.

BESCHLUSSFASSUNG

Die Motion wird mit 20 zu 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen als nicht erheblich erklärt.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):

Wir verabschieden Gemeinderat Pascal Frey und Stadtrat Fabrizio Hugentobler von der Sitzung.

119

BOTSCHAFT NR. 25 «PAVILLON DES VEREINS 'PROJEKT KAFF': NACHTRAGSKREDIT FÜR DIE SUBVENTIONIERUNG DES STANDORTS»

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Die Botschaft Nr. 25 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 24. August 2021 wurde am 25. August 2021 in den Dossierbrowser geladen. Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: Nach der Eintretensdebatte erfolgt die materielle Beratung, abschliessend werden wir die Schlussabstimmung durchführen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Somit kommen wir zum Eintreten.

EINTRETEN

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Der Stadtrat legt uns mit der Botschaft Nr. 25 «Pavillon des Vereins 'projekt KAFF': Nachtragskredit für die Subventionierung des Standorts» eine gut dokumentierte und relativ umfassende Botschaft vor. Darin erläutert der Stadtrat auch, weshalb diese Botschaft nötig wird, ohne dass es zum effektiven Mittelfluss kommt. Dennoch ergab sich eine lange und durchaus emotionale Diskussion in der GPK. Ich versuche, mich kurz zu halten und möglichst nicht zu verwirren.

Stadtpräsident Anders Stokholm eröffnete sein Eintretensvotum auch genau mit der Abgrenzung zwischen Leistungsvereinbarung, Pavillonbau und dem damals und heute zu diskutierenden theoretischen Einnahmeverzicht. Dieser Einnahmeverzicht käme auch nicht als Salamiaktik daher, sondern wurde erst mit der Verordnung über die Gebühren und Mietzinsen für die Benützung gemeindeeigener Grundstücke vom 1. Juni 2021 massgebend. Die Diskussion zum Eintreten war indes eine relativ technische, wobei die Frage nach der Finanzkompetenz gemäss Art. 31 Abs. 2 der Gemeindeordnung von den Kommissionsmitgliedern aufgeworfen wurde, da die vorliegende Botschaft nach ihrer Einschätzung eigentlich in der Gesetzgebungskompetenz und somit Ausgabekompetenz des Stadtrats liege. Hierfür müsse aber eine solide rechtliche Grundlage bestehen, welche in diesem Fall nur knapp vorhanden sei, weshalb auch die Behandlung im Gemeinderat durchaus angebracht sei. Weiter wurde über die im Vorfeld verbreiteten Zahlen diskutiert, welche gemäss eines GPK-Mitglieds gar die Finanzkompetenz des Gemeinderats überschreiten würden. Bezugnehmend auf diese Berechnung erwiderte der Amtsleiter, dass wenn man dem Vermengungsverbot folge und weiter die zuvor genannte Verordnung korrekt lese sowie die aktuelle Auslastung der betroffenen Parkplätze miteinbeziehe, die Stadt faktisch sogar mit der Vermietung Geld verdiene und nicht verliere. Es gab nachfolgend zustimmende wie auch ablehnende Voten zu diesen Ausführungen, die GPK sprach sich hingegen geschlossen für Eintreten auf diese Botschaft aus.

Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:

Wir danken dem Stadtrat für die vorliegende Botschaft für den Nachtragskredit für die Subventionierung des geplanten Pavillons auf dem Unteren Mätteli. Die Fraktion anerkennt ausdrücklich das kulturelle und soziale Wirken des Vereins Kaff und ist für Eintreten auf diese Vorlage. In der materiellen Beratung werde ich aber die mehrheitliche Ablehnung unserer Fraktion darlegen und auch begründen.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Den Voten entnehme ich, dass Eintreten unbestritten und somit stillschweigend genehmigt ist.

DETAILBERATUNG

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: War es zuvor eher technisch und ging es um Zahlen und Paragraphen, ging es in der Detailberatung primär um die Frage der Wertigkeit und – ich nehme es vermutlich der heutigen Diskussion vorweg – da war man sich gänzlich uneinig. Gewisse GPK-Mitglieder gar mit sich selbst.

Präzisiert wurde auf Nachfrage, dass der Vertrag auf fünf Jahre mit Verlängerungsmöglichkeiten ausgelegt sei. Jedoch gebe es bereits Projekte, welche auf diesen Standort abzielen und für welche dann das Kaff umziehen müsste, was wiederum mit Kosten verbunden wäre. Weiter ging es um die Frage der Gleichbehandlung von Vereinen. Nebst der sehr unterschiedlichen Ausgangslage wurde dabei von Seiten der Stadt auch erwähnt, dass das Kaff primär Infrastruktur darstellt und somit schlecht mit den anderen rund 20 Vereinen, welche über eine Leistungsvereinbarung mit eben dieser verfügen, verglichen werden könnten. Dies wird zwar als solches im Rahmen der GPK nicht bestritten, jedoch die Frage aufgeworfen, ob das Kaff denn wirklich für alle zugänglich sei oder doch nur eine Nische bediene. Dies liesse im Umkehrschluss zu, die Frage zu stellen, ob die Summe an Zuwendung gerechtfertigt sei, unabhängig der zuvor angesprochenen Abgrenzung der verschiedenen angesprochenen Mittel. Insbesondere wurde die Frage aufgeworfen, wie hoch der Anteil an selbst erwirtschafteten Mitteln gegenüber von Geldern der Öffentlichkeit sein müsste, gerade vor dem Hintergrund, dass das KAFF aktive Jugendförderung betreibt. «Aktiv betreiben» sei ein entscheidender Faktor, um zu beurteilen, inwiefern der Verein Kaff zu unterstützen sei. Die Diskussion, was nun unterstützenswert sei, konnte jedoch in der GPK nicht aufgelöst werden. Und wir werden uns wohl auch in ein paar Jahren über dieselben Fragestellungen den Kopf zerbrechen. Oder vielleicht auch schon in der nächsten GPK-Sitzung, wenn es um das Controlling der Leistungsvereinbarung geht. In der GPK ging es dann noch um die Beschlussfassung, welche mit 3 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung durch Ja-Stichentscheid des Präsidenten gefällt wurde. Somit empfiehlt Ihnen die GPK Finanzen und Administration die Annahme des in der Botschaft Nr. 25 des Stadtrats an den Gemeinderat gestellten Antrags.

Gemeinderätin Anina Villiger Wirth (CH), Referentin im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:

Zuerst möchten wir uns beim Stadtrat sehr herzlich bedanken für diese informative Botschaft. Aber davor möchte ich auf all diese jungen Menschen auf dem Balkon aufmerksam machen, die mit ihrer Präsenz die Wichtigkeit des Traktandums demonstrieren. Wir möchten Ihnen auf der Tribüne danken, dass Sie sich für die Jugend in der Region einsetzen. Denn Sie bieten nicht nur Unterhaltung, sondern Sie machen auch aktive Jugendarbeit. Das Einmalige am Kaff ist ja, dass niemand vor verschlossenen Türen stehenbleibt. Das Kaff ist für alle und macht damit auch ein Stück Arbeit für die Stadt und für die Jugend der Stadt. Diese Leute hier auf dem Balkon sind Botschafter/innen einer noch weit grösseren Anzahl von jungen Menschen, welche im Kaff einen Teil ihrer Freizeit verbringt. Das Kaff übernimmt damit eine wichtige Funktion in unserer Stadt. Nun zurück zur Botschaft.

Es ist eine gute Botschaft zu einem guten Projekt. Die Botschaft zeigt die Wichtigkeit des Projekts Kaff präzise auf und wir sind froh, konnte darin bereits sehr viel und dies sehr anschaulich in Erfahrung gebracht werden. Ich möchte hier nur auf einige wenige Punkte, die uns besonders wichtig sind, hinweisen:

1. Es steckt enorm viel auch unternehmerische Eigeninitiative im Kaff. Sichtbar zum Beispiel gerade an der Finanzierung, am sechsstelligen Crowdfunding-Betrag, und wer schon einmal

- Geld gesammelt hat, weiss, wie schwer das ist und zu Coronazeiten besonders, wenn Anlässe, wo hätte gesammelt werden sollen, nicht stattgefunden haben.
2. Das Kaff ist auch gesellschaftlich wichtig. Es gibt kein vergleichbares Angebot, wo sich Junge kulturell einbringen und mitarbeiten können.
 3. Das Kaff ist eine Bereicherung für die Stadt und trägt zur Standortattraktivität bei. Junge Menschen haben einen Ort, wo sie hingehen können.

Der Stadtrat hat dies anerkannt und empfiehlt die Annahme des Nachtragskredits für die Subventionierung des Standorts. Den Hintergrund kennen Sie alle. Mit dem neu geltenden Tarifreglement ist nun eine dunkle Wolke über die ursprünglich gesicherte finanzielle Umsetzung des Kaff gezogen. Sobald das Kaff auf dem Unteren Mätteli seine Tore öffnen wird, fällt es gemäss Botschaft unter Tarif 2.1 des neuen Reglements. Gestützt darauf müssen 6 Franken pro Quadratmeter und Monat bezahlt werden, dies gilt für Strassenrestaurants und Cafés mit Erdgeschossnutzung an Zentrums- lage. Weil das Kaff gemäss Botschaft darunter gezählt wird, was, dies wollen wir nebenbei auch festhalten, unseres Erachtens zweifelhaft ist, sollte es dann mit seinen 1'000 Quadratmetern jährlich 72'000 Franken abliefern. Weil das Kaff aber als nicht kommerzieller Betrieb diesen Betrag nie wird zahlen können und der Stadtrat dies anerkannt hat, schlägt er in der Botschaft vor, dem Kaff den Teil von 60'000 Franken zu erlassen, womit das Kaff aber weiterhin einen Beitrag von 12'000 Franken leistet. Von diesen ist noch der Ausfall der Parkplatzgebühren von 5'280 Franken abzuziehen. Damit bleibt der Stadt ein jährlicher Zuschuss von 6'720 Franken. Es ist natürlich überhaupt fraglich, ob man von einem Erlass bzw. Einnahmeausfall der Stadt sprechen kann. Dieser würde ja erst Realität, wenn ein anderes Angebot an die Stelle des geplanten Kaffs auf dem Unteren Mätteli treten würde, welches diesen unglaublich hohen Betrag aufbringen könnte. Dies sieht auch der Stadtrat so und untermauert es in der Botschaft mit dem Satz auf Seite 10. «Da keine anderweitigen Projekte für diesen Standort bekannt sind und der Parkplatz nur an wenigen Tagen im Jahr voll genutzt wird, stellt der reduzierte Mietzins gemäss der neuen Gebührenordnung keinen Einnahmeausfall dar.»

Durch diesen nun im Nachhinein durch das neue Reglement nötig gewordenen Erlass der Stadt kann auf dem Unteren Mätteli ein sogenannter Cluster für die jungen und kulturinteressierten Leute aus Frauenfeld und der Umgebung entstehen. Zusammen mit dem Verein Fründeskreis, mit der Kulturarbeiter Haltestelle machen die Kaff-Organisator/innen bereits heute gemeinsame Sache, so gesehen zum Beispiel an der Rollschuhdisco am Samstag vor zwei Wochen. Der Standort auf dem Unteren Mätteli ist dafür wie geschaffen. Er ist mit dem ÖV optimal erreichbar und doch ist er nicht mitten in der Stadt. Bewohnerinnen und Bewohner aus der Überbauung Lindenstrasse haben sich positiv zum Projekt Kaff geäußert, weil damit allfälliger Lärm aus dem Lindenpark verschwindet und in Zukunft in den Räumen des Kaffs versorgt ist, welches mit baulichen Massnahmen Lärmemissionen verhindert. Aus diesem Grund gab es auch keine Einsprachen aus der Überbauung gegen das Bauprojekt. Der vorgesehene Standort ist aus all diesen Gründen wichtig und richtig. Und nun hat ja vorletzte Woche auch der Kanton ja gesagt zum Kaff, ja zum breiten Kulturprogramm, insbesondere für jüngere Menschen und das Angebot des Kaffs einen wichtigen Bestandteil der Thurgauer Kulturlandschaft genannt und als solchen auch anerkannt. Der Regierungsrat hat für das Neubauprojekt 240'000 Franken gesprochen und dazu gesagt – Zitat aus der Medienmitteilung vom 23. September 2021: «Die Erhaltung und Weiterentwicklung des Kulturlokals ist aus Sicht des Regierungsrats ein Gewinn für die Region Frauenfeld und für den ganzen Kanton.»

Zum Schluss möchte ich noch eine persönliche Erfahrung mit dem Kaff einbringen. Als Kantilehrerin bin ich im Organisationskomitee des Social Days an der Kanti. An diesem Tag im März sammeln Schülerinnen und Schüler Erfahrungen im sozialen Engagement. Entweder tun sie dann etwas Gutes, sie sammeln zum Beispiel Äste auf der Allmend und scheiten diese zu einem Haufen, wo sich dann Tiere verstecken und Unterschlupf finden können, oder sie spazieren im Altersheim mit alten Leuten herum oder aber sie organisieren einen Anlass und die Kollekte geht

an ein unterstützungswürdiges Projekt im In- oder Ausland. Letzteres wurde vor dem Lockdown über einige Jahre in und mit dem Kaff erfolgreich umgesetzt. Schüler/innen-Bands und Poetry Slamer von der Kanti konnten im Kaff auftreten und dort erstmals Konzertatmosphäre erleben. Diejenigen, die nicht selber aufgetreten sind, halfen hinter der Bar oder an der Kasse oder kochten sogar ein gemeinsames Essen. Und dies alles unter der Leitung der Kaff-Leute, die stets sehr engagiert zur Seite standen und wertvolle Tipps weitergaben. Ich selber war begeistert von deren Einsatz und Kooperation mit den Kantischülerinnen und -schülern. Ich wünsche mir, dass diese Solidaritätskonzerte auch in Zukunft stattfinden können, neu auf dem Unteren Mätteli. Es wäre sehr schade, wenn das Kaff all seine wichtigen Funktionen an diesem Ort nur wegen der neuen Verordnung, die übermässig wehtut, nicht wahrnehmen könnte. Denn das Kaff ist ein Gewinn für die Region Frauenfeld und den ganzen Kanton. Deshalb bitten wir Sie auch im Namen des Publikums auf der Tribüne, ja zu sagen zum Standort auf dem Unteren Mätteli und dem damit verbundenen Einnahmeverzicht von 60'000 Franken.

Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Als hätte man es geahnt. Nachdem der Stadtrat kompetenzgerecht 300'000 Franken an das Projekt Neubau Kaff gesprochen hatte und auch den vorgesehenen Standort kommunizierte, diskutierte man relativ rasch unter Gemeinderäten, ob denn im Sinne der Einheit der Materie nicht noch mehr Gelder anfallen. Mit der Einführung der neuen Regelung für Nutzung von öffentlichem Grund ist nun eine Botschaft an den Gemeinderat nötig, weil weitere Subventionen gesprochen werden sollen. Hier erst mal Danke an den Stadtrat für das korrekte Vorgehen.

Zur Finanzierung: Fakt ist Folgendes: 35'000 Franken jährlich Leistungsvereinbarung, 300'000 Franken Unterstützung für den Bau, 60'000 Franken jährlich subventionierter Boden pro Jahr. Rechnen wir das mal auf zehn Jahre aus, sprechen wir von 1.25 Mio. Franken, welche das Kaff nicht selber erwirtschaften muss. Das ist ein sehr hoher Betrag. Es stellt sich nun die Frage, ob dieser Betrag zu rechtfertigen ist. Wenn es nach dem Stadtrat und auch einigen Mitgliedern in der Fraktion geht ja. Denn die Mitglieder des Kaffs leisten intern freiwillige Arbeit und der Verein leistet einen wichtigen Beitrag ans kulturelle Leben in Frauenfeld. Zudem sind sie auch wirklich aktiv und führen eine Vielzahl von Veranstaltungen durch. Aber machen das andere Vereine nicht auch? Hier ebenfalls ein ganz klares Ja. Bei den Vereinen, welche in einem ähnlich hohen oder gar höheren Mass subventioniert werden, stehen aber meist der Sport oder damit verbunden auch gesundheitsfördernde oder altersübergreifende Aspekte im Vordergrund. Beim Kaff wäre das immerhin beim Tanzsport vielleicht gegeben.

Schauen wir den Einnahmeverzicht genauer an, dann erkennt man, dass diese Einnahmen in der jetzigen Situation ebenfalls nicht da sind und in Zukunft der Platz wohl auch niemand anderem vermietet werden könnte. Die Stadt verliert also kein Geld. Trotzdem ist es eine klare Subventionierung eines Vereins, welcher an einem privaten Standort eventuell mehr Miete zahlen müsste, wie andere Vereine auch.

Zum Standort: Dieser ist aus unserer Sicht in punkto Übersichtlichkeit und ÖV-Erschliessung nicht schlecht gewählt. Lärmtechnisch sind aber trotzdem einige Anwohner belastet, und damit meine ich nicht nur die Igel und die Tauben, welche direkt neben den nachtaktiven Zweibeinern hausen. Da erachten einige von uns eine Parzelle an einem anderen Ort als geeigneter. Es hat ja genügend E-Trottis in der Stadt für eine unkomplizierte Verbindung. Aber in dieser Frage kann man es definitiv niemandem vollumfänglich recht machen.

Folgende Punkte fehlen der Fraktion FDP: Gänzlich fehlen tut uns in der Botschaft irgendein Statement, dass der Verein zum Beispiel innert der nächsten zehn Jahre keine oder reduzierte Unterstützungsgelder erwarten darf. Wir denken hier an einen möglichen Umzug an einen anderen Standort, welcher ja mit einer Containerlösung möglich wäre. Ein solcher Umzug verschlingt aber dennoch sehr viel und dann werden sicher wieder Gelder eingefordert. Da sind wir

uns fast sicher. Die FDP erwartet hier vom Stadtrat ein entsprechendes Verhalten oder am liebsten heute eine klare Aussage darüber. Ebenfalls fehlt eine Aussage darüber, weshalb dem Kaff gekündigt wurde und was denn mit dem neuen Pavillon geschieht, falls der Verein Konkurs gehen würde.

Und zum Schluss noch dies: Grundsätzlich sollte dem Kaff eine Weiterentwicklung nicht verwehrt werden. Für einige in der Fraktion sollte das aber an einem anderen Ort geschehen oder dann mit deutlich weniger Geldern oder einem Moratorium für zusätzliche Gelder innert der kommenden zehn Jahre. Das hätte noch die eine oder andere Ja-Stimme in der Fraktion herausgelockt. Würde man dem Kaff dieses Projekt aber durch ein heutiges Nein verwehren, dann wird definitiv niemand als Gewinner dastehen. Die Fraktion FDP ist für einmal nicht einstimmig für oder gegen den Antrag.

Gemeinderat Christoph Tobler (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Wir unterstützen aktives Kulturleben in der Stadt Frauenfeld, wollen dieses fördern und freuen uns darüber, dass der Stadtrat dies ebenso sieht. Entsprechend werden wir dem Antrag des Stadtrats zum Nachtragskredit einstimmig zustimmen. Gern nutze ich aber diese Gelegenheit, um die Sache und die Diskussion hier aus unserer Sicht in das richtige Licht zu rücken.

Wir diskutieren heute nicht um effektiv der Stadt entstehende Kosten und somit nicht über einen real existierenden Einnahmeverzicht. Es gibt kurz- und mittelfristig keine andere Nutzung in diesem Bereich des Unteren Mätteli. Dass nun das überarbeitete Gebührenreglement herangezogen wird, um Gebühren für einen Restaurantbetrieb zu rechnen, nur damit wir über eine Gebührenreduktion befinden können, was nebenbei erwähnt erst durch die zustande gekommene Gebührenordnung nachträglich aufgefallen ist, na ja, über den Sinn einer solchen Übung darf man gelinde gesagt diskutieren. Aber hier sind wir nun. Vielmehr geht es bei diesem Nachtragskredit doch darum, dass der Stadtrat die Diskussionen um das Kaff zur Kenntnis genommen hat und die innerhalb seiner Finanzkompetenz gesprochenen 300'000 Franken nachträglich noch durch den Gemeinderat beurteilen bzw. legitimieren lassen will. Auch die Diskussion in der GPK hat gezeigt, dass weniger die 60'000 Franken pro Jahr Einnahmeverzicht zur Debatte standen, sondern vielmehr ob das Kaff durch die Stadt in diesem Ausmass von 300'000 Franken gefördert werden soll oder eben nicht. Aus unserer Wahrnehmung schiebt der Stadtrat hier mit dieser Botschaft die Verantwortung unnötigerweise etwas ab. Eigentlich sollte aber auch dieser Nachtragskredit Formsache sein. Die Finanzierung ist gesichert, der Kanton Thurgau hat Anfang Oktober ebenfalls einen Beitrag von 240'000 Franken gesprochen, der Nutzen im kulturellen Bereich und für die Jugend ist ebenfalls unbestritten, zudem kann so, wie der Stadtrat so schön schreibt, eine erste Umsetzung im Langfristprojekt Murgbogen bereits heute stattfinden.

Es existieren verschiedene Bedenken gegenüber diesem Projekt, mein Kollege hat diese teilweise vorgebracht. Natürlich ist ein solches Projekt immer mit Unsicherheiten verbunden, man findet nie den perfekten Platz, den perfekten Ort, den perfekten Zeitpunkt. Wir glauben aber sehr, dass es sich hier in der Gesamtbetrachtung lohnt, ein engagiertes, ehrenamtliches Projekt wie dieses zu unterstützen. Es schafft für junge, engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger Freiräume und Möglichkeiten, sich kulturell zu engagieren, erste Erfahrungen zu sammeln und auch im wirtschaftlichen Bereich Eigeninitiative zu zeigen. Schaut man sich zum einen die Homepage des Projekts an, aber auch die bereits erwähnten gesammelten Eigenmittel, sieht man, dass hier sehr viel Einsatz und Energie dahinterstecken. Ich hoffe nicht, dass der Gemeinderat heute zum Schluss kommt, dieses Projekt an diesem sehr gut geeigneten Standort vorzeitig und unnötigerweise zu beenden, indem er diesen Nachtragskredit nicht gewährt. Wir alle können mit einer Zustimmung zu diesem Kredit zu einem aktiveren Stadtleben in Frauenfeld beitragen. Zwar geht es heute rein formal ums Geld, wenn auch nur um hypothetische Kosten, vor allem geht es aber heute auch um Vertrauen. Vertrauen gegenüber dem Stadtrat, der dieses Projekt als unterstützungswürdig erachtet, Vertrauen gegenüber der Jugend und Vertrauen gegenüber dem enga-

gierten Team rund um das Kaff. Wir als SP-Fraktion sind bereit, heute dieses Vertrauen zu schenken und sind überzeugt, dass wir damit die Stadt Frauenfeld bereichern. Vielen Dank für die Unterstützung dieses sinnvollen Projekts.

Gemeinderätin Severine Hänni (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU: Kaum ein Thema sorgte in den letzten Monaten für so hitzige Diskussionen wie die Finanzierung des Pavillons fürs Kaff. Ich möchte vorweg klar betonen, dass wir die Arbeit des Kaffs respektieren und wir den Mehrwert für die Kulturarbeit anerkennen. Dennoch können wir die heute beantragte Subvention nicht unterstützen. Für uns geht die finanzielle Unterstützung zu weit und unterdrückt den ohnehin eher schwach vorhandenen Selbstfinanzierungswillen. Der Verein wird bereits mit wesentlichen finanziellen Mitteln unterstützt, eine weitere Unterstützung geht für uns zu weit. Den fehlenden liberalen Gedanken und den Willen zur Selbstständigkeit finden wir zum einen problematisch. Wir sind klar der Auffassung, dass bei gewissen Veranstaltungen vom Kaff wie bspw. dem Out in the green Garden wirtschaftlicher gearbeitet werden könnte und so die fehlenden Mittel erarbeitet werden könnten. Schwierig finden wir aber auch, dass das Lokal nicht die breite Bevölkerung anspricht. Nur ein kleiner Anteil auch der jungen Bevölkerung wird von dieser Institution angesprochen. Die klaren politischen Tendenzen des Kaffs und dessen Mitglieder verhindern fast schon die Zugänglichkeit für alle. Dies ist in grossem Widerspruch zu anderen Vereinen, welche offen für jegliche Orientierungen sind und nicht die gleiche Unterstützung erhalten. Dies empfinden wir als ungerechtfertigt und unfair gegenüber den vielen anderen Vereinen, welche ihre Betriebe selbstständiger führen. Befürchtungen bestehen für uns auch um die Sicherheit und um den Standort. Die Erfahrung zeigt, dass die Ordnung und Sicherheit in diesem Bereich leidet und zusätzliche Kosten dafür entstehen. Störend war für uns auch die Unklarheit, welche anfänglich bezüglich der Zuständigkeit und der Kompetenzen aufgekomen ist. Dies aber nur als Randbemerkung. Falls der Antrag angenommen wird, behalten wir uns vor, nach Art. 9 der Gemeindeordnung eine fakultative Gemeindeabstimmung zu beantragen. Aus den oben genannten Gründen wird die Fraktion SVP/EDU den Antrag einstimmig ablehnen.

Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Die Mehrheit der Fraktion die Mitte/EVP lehnt den Nachtragskredit für den Pavillon im Betrag von 600'000 Franken ab. Wir anerkennen das grosse Engagement des Vereins Kaff im kulturellen, im gesellschaftlichen und auch im sozialen Bereich. Der Hauptgrund für die Ablehnung liegt am geplanten Standort mit den daraus folgenden Konsequenzen bei den Kosten. Es wurden in unserer Fraktion folgende Punkte diskutiert:

1. Finanzen: Es wurde intensiv darüber diskutiert, ob diese 600'000 Franken für zehn Jahre nun Kapital sind, das man so verrechnet oder eben nur als Einnahmeverzicht gilt. Oder anders gesehen: Die von der Exekutive präsentierten Zahlen sollen wir einfach so hinnehmen und somit als reine Spende tolerieren. Damit wird weit über das Ziel hinausgeschossen, wie man ein solches Projekt unterstützen soll. Kein Verein hat in der Vergangenheit nach meinem Wissen einen solchen Beitrag im Verhältnis zu den Gesamtkosten bekommen. Weiter informierten wir uns, ob das Kaff noch zusätzliche Leistungen erhält ausser dem Einmalbetrag des Stadtrats von 300'000 Franken, dem erwähnten Kredit von 600'000 Franken und dem jährlichen Beitrag von 35'000 Franken. Die Antwort war – ich zitiere: «Zusätzliche Aufwendungen für Werbung und Drucksachen gibt es nur im Rahmen der allgemeinen Bewerbung von Kultur in der Frauenfelder Woche und auf den Kulturplakaten. Dabei werden nicht alle Konzerte des Kaffs erwähnt, sondern nur jene, die ein breiteres Publikum altersmässig und regional ansprechen könnten. Werkhof und Thurplus verrechnen ihre Leistungen, sofern überhaupt solche anfallen. Stand heute ist es nicht vorgesehen, daran etwas zu ändern.» Ich behaupte, diese Aussagen stimmen so nicht hundertprozentig, denn der Werkhof ist bei allen Anlässen behilflich und mit Sicherheit liegt dafür auch ein Stadtratsbeschluss vor. Hier fehlen also Kosten, die heute verschwiegen werden. Weiteres Geld wurde auch im Zusammenhang mit dem Anlass Out in the green Garden von 30'000 Franken gesprochen. Auch dies ein Anlass des

- Kaffs. Geschätzter Stadtrat, mehr Transparenz täte in einer solchen Botschaft gut. Das Geld für das Wegfallen der Parkplätze wird einfach als abgegolten gezählt. Für die einen aus unserer Fraktion ist das Argument Geld nicht so tragend, für die anderen führt es zur Ablehnung.
2. Standort: Ob der Standort Unteres Mätteli geeignet ist, da kann man getrennter Meinung sein. Die einen finden den Standort zentral, die anderen können nicht nachvollziehen, dass man den Pavillon ausgerechnet an der Strassenfront platzieren will. Mit Sicherheit kann man einen einfachen Pavillon nicht als Eingang oder Beginn des Murgbogens bezeichnen. An dieser Stelle in der Botschaft wird der Stadtrat unglaublich. In keiner Weise findet man einen solchen Bau bei all den Visionen für die Zukunft unserer Stadt als Eingang des Murgbogens. Ein weiterer Diskussionspunkt in unserer Fraktion war auch die Tatsache oder die Unsicherheit, baut jetzt der Stadtrat das Kaff dort, um den Holzturm zu verhindern, welcher ja auch dort gebaut werden sollte, oder ist es dem Stadtrat doch nicht so ernst mit dem Murgbogenprojekt. Sie sehen, auch der Standortfrage wurde nicht für alle Fraktionsmitglieder wirklich zufriedenstellend beantwortet.
 3. Parkplätze: Wenn das Obere Mätteli überbaut wird, gibt es nicht mehr viele Parkplätze in der Nähe des Bahnhofs. Der Stadtrat ist anscheinend der Meinung, dass alle ÖV-Benützer den Bus zu nehmen haben.
 4. Anlässe: Der Einsatz des Vereins Kaff wird bei allen Fraktionsmitgliedern positiv gewertet. Auch bei jenen, die telefonisch nicht durch die Mitglieder kontaktiert wurden, um heute ja zu stimmen. Die Zahl der 100 Anlässe scheint uns aber doch sehr hoch. Wir zählen ja bei einem Sportverein auch nicht jede Turnstunde als Anlass.

Ich komme zum Schluss. Noch selten hatte ich eine Botschaft vor mir, in welcher so übers Ziel hinausgeschossen wurde mit den Zahlen zu Gunsten der Sache. Nun, von uns kommt der Wunsch nach mehr Transparenz. All die diskutierten Punkte führten in unserer Fraktion zu einem 2 zu 3 gegen die Botschaft.

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im eigenen Namen: Wenn ich jetzt hier stehe, dann kann man sich vorstellen, wo die Fronten in unserer Fraktionssitzung etwa durchgegangen sind. Meine Sicht sieht ein bisschen anders aus als die Sicht von Stefan Geiges. Ich finde es etwas unredlich, da von Kosten zu sprechen. Ich kann den Vorgang verstehen, wie es dazu gekommen ist, aber wir sprechen ja auch nicht von Kosten, wenn die Badi wieder aufgeht und keine Saunaeinnahmen da sind, weil es die Sauna nicht gibt. Natürlich, es hätte sie geben können und darum könnte man auch da von entgangenen Kosten sprechen. Oder wir sprechen auch nicht von Kosten bei Parkplatzeinnahmen unter dem Kantonsgebäude in den nächsten Jahren, denn die Parkplätze gibt es nach der Abstimmung nicht, aber sie hätten ja kommen können. Darum könnte man auch da sagen, es fehlen uns da Einnahmen, das sind Kosten. Mir ist in dieser Diskussion einfach wichtig, alle haben erwähnt, dass grossartige Arbeit geleistet wird. Ähnlich wie Annina Villiger Wirth kann ich auch aus eigener Erfahrung sagen, meine Jungs durften auch im Zusammenhang mit der Jugendmusikschule im Kaff Konzerte durchführen, und das waren wirklich tolle Anlässe mit guten Erfahrungen auch schon für Kinder, nicht nur für Ältere. Da würde ich also sagen, das war nicht nur ein gewisses politisches Spektrum, das da aufgetreten ist, sondern wer in der Musikschule ein Instrument gelernt hat und in einer Band spielt, durfte da auftreten. Es ist ja so, dass ich auch nicht in allen Vereinen von Frauenfeld ein- und ausgehe. Also beim Handballverein war ich noch nie und beim Kleintierzüchterverein war ich auch noch nie, bei den Hündelern muss man einen Hund haben, dass man da mitmachen kann. Es ist doch im Charakter eines Vereins oder einer Organisation, dass man eine gewisse Ausrichtung hat. Und kommen darf ja wirklich jeder. Auch jeder darf beantragen, ein Konzert durchzuführen. Ich glaube, es ist nicht so eine enge Musikrichtung und auch nicht eine politische Richtung, dass man da ein Konzert machen kann oder nicht.

Mir geht es heute auch um ein wichtiges Signal hier vom Gemeinderat. Wir können, wie ich das empfinde, sehr kleinkrämerisch über Finanzen reden und über den Standort und den Lärm. Wir reden von Menschen, die in den vergangenen Jahren schon mehrfach umgezogen sind und die

trotzdem engagiert weitergemacht haben. Wir reden von einem Verein, der jetzt zwei Jahre keinen Standort hatte und trotzdem weiter überlebt und sich aktiv darum bemüht hat, ein Nachfolgeprojekt zu machen. Wir reden von Menschen, die sich für unsere Jungen einsetzen, und wenn wir wollen, dass Frauenfeld für die Jugendlichen eine interessante Stadt bleibt, damit sie nicht alle nach Winterthur gehen oder noch schlimmer nach Konstanz, dann müssen wir ihnen hier etwas bieten. Und natürlich ist das Kaff nicht das einzige, zum Glück nicht. Es gibt auch andere Vereine, andere Anlässe, dass die Jugendlichen sich hier wohlfühlen und auch Engagement von der Stadt für ihre Anliegen spüren. Aber da finde ich es wirklich wichtig, dass wir auch diesen Menschen da oben auf der Galerie ein Zeichen geben, dass wir ihre Anliegen auch honorieren und das nicht so kleinkrämerisch berechnen. Es hat noch kein anderer Verein so grosse Einnahmen bekommen. Ja, das kommt natürlich darauf an, wie man es rechnet. Wenn man unser neues Hallenbad, das ja auch der Schwimmclub braucht, zu einem Stück dem Schwimmclub anrechnen würde oder unsere ganzen Anlagen auf der Kleinen Allmend, da investiert die Stadt auch viel Geld. Die Handballer hätten ja schon lange gern eine Dreifachturnhalle oder noch eine zusätzliche, die sind jetzt noch ein bisschen zu kurz gekommen, aber vielleicht wird es ja auch Realität. Und wenn das Realität würde, reden wir hier von einem günstigen Projekt im Vergleich. Also die, die noch nicht entschlossen sind, gebt euch einen Ruck und sendet ein Signal aus für die Jungen. Mein Junge zu Hause würde ziemlich entrüstet schauen, wenn ich ihm heute sagen muss, wir haben das abgelehnt. Kann man natürlich. Manchmal muss man auch Leute vor den Kopf stossen, wenn man überzeugt ist, aber ich bitte doch, da grosszügig zu sein bei diesem Projekt.

Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im eigenen Namen: Ich möchte nochmals ganz kurz auf einige finanzielle Aspekte der Vorlage eingehen. Wir haben es heute schon von verschiedenen Seiten gehört, es ist sehr fraglich, ob die Vereinbarung mit dem Kaff über die Nutzung des Unteren Mätteli für die Stadt überhaupt ein Einnahmeausfall zur Folge hat. Der geltend gemachte Einnahmeverzicht von 60'000 Franken pro Jahr ist rein hypothetischer Natur, er wird mit aller-, allergrösster Wahrscheinlichkeit unseren Stadthaushalt gar nie belasten. Schauen wir uns doch mal das Szenario an, bei dem ein Einnahmeverlust überhaupt Realität werden könnte. Das Beispiel geht so: Ein Gastrounternehmer oder eine Wirtin ist interessiert, auf dem Unteren Mätteli eine Gartenwirtschaft zu betreiben. Sie sind bereit, für die Fläche von 1'000 Quadratmetern eine Miete von 6'000 Franken pro Monat hinzublättern, wie es im Tarifreglement vom 1. Juni 2021 vorgesehen ist. Das heisst im Klartext, 6'000 Franken pro Monat für 1'000 Quadratmeter Asphaltfläche, dies ohne jede Infrastruktur wie Stühle, Tische, Sonnenschirme, Bar, Kühlelemente. Diese müssen noch zusätzlich finanziert werden. Gemäss Branchenempfehlung des Gastroverbands soll der Mietzins für einen Gastrobetrieb zwischen 8-12 % des Umsatzes betragen. Nehmen wir mal den Mittelwert von 10 %. Dann müsste der Umsatz pro Monat 60'000 Franken oder 720'000 Franken pro Jahr betragen. Das wären die Umsatzziele, dies wohlverstanden bei einer Gartenwirtschaft, die ganzjährig, auch bei Regen und Kälte geöffnet wäre. Kennen Sie eine Wirtin oder einen Wirt, der sich in so ein Abenteuer stürzen würde? Seien wir ehrlich, diese Person gibt es schlicht und einfach nicht. Und darum gehört eine Gartenwirtschaft auf dem Unteren Mätteli, die der Stadt Einnahmen von 72'000 Franken pro Jahr beschere könnte, ins Reich der Fantasie.

Ich möchte noch einen zweiten Vergleich anstellen, was die Vermietung von städtischem Boden an unsere Frauenfelder Vereine betrifft. Vor Kurzem haben wir dem Leichtathletikclub Frauenfeld 2'000 Quadratmeter Boden für den Bau einer Leichtathletikhalle zur Verfügung gestellt. Dieses Geschäft haben wir am 16. Juni dieses Jahres einstimmig genehmigt. Das war gut und richtig so. Der Beschluss zeigt die Wertschätzung für den innovativen Leichtathletikverein, der über eine grosse Nachwuchsabteilung im Breitensport verfügt. Bei diesem Geschäft haben wir einen vergünstigten Baurechtszins für das Land auf der Kleinen Allmend beschlossen. Dieser vergünstigte Baurechtszins beträgt 1.35 Franken pro Quadratmeter und Jahr. Der gleiche Ansatz gilt auch bei der Beachvolleyballhalle, die wir ebenfalls im Jahr 2018 einstimmig beschlossen

haben. Zum Vergleich: Der Verein Kaff wird der Stadt künftig eine Miete von 12 Franken pro Quadratmeter und Jahr entrichten. Das ist rund 9 Mal mehr als bei den Projekten Leichtathletik und Beachvolleyball. Ich finde, das ist eine mehr als respektable Eigenleistung des Vereins Kaff. Die bisherige Einstimmigkeit und Aufbruchstimmung bei der Unterstützung unserer Frauenfelder Vereine wünsche ich mir deshalb auch beim heutigen Entscheid über den Pavillon des Kaffs.

Noch ein letztes Wort zu den Standortfragen, die heute auch aufgeworfen worden sind: Es wurde argumentiert, dass auf diesem Standort andere städtebauliche Projekte wie bspw. das Holzhochhaus allenfalls blockiert werden könnten, wenn das Kaff dort den Pavillon errichtet. Ich glaube, diese Gefahr besteht definitiv nicht. Wir können in der Botschaft nachlesen, dass der Vertrag nur bis Ende 2024 abgeschlossen wird, anschliessend muss über eine Verlängerung verhandelt werden. Wie lange diese Verlängerung ausfällt, ist heute auch noch offen. Also kurz gesagt: Der Stadtrat bzw. das Departement für Bau und Verkehr, das ja die städtebaulichen Projekte am besten kennt in dieser Stadt, die genau wissen, wie lange die Planungsprozesse laufen, was es alles braucht, bis das Untere Mätteli bspw. für ein Holzhochhaus zur Verfügung steht, das sind ganz, ganz viele Schritte von der Umzonung, den Verhandlungen mit armasuisse bis hin zu Gestaltungsplänen usw. Das heisst, wir reden hier von Zeiträumen von mindestens 5-10 Jahren. Es ist also unwahrscheinlich oder gar unmöglich, dass hier ein Projekt blockiert wird, weil die Stadt es in der Hand hat, das über den Abschluss des Mietvertrags steuern kann.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im eigenen Namen: Mir geht es hier nicht um das Geld, wenn es um ein meines Erachtens unterstützungswürdiges Projekt geht und das halt so viel kostet. Und diese Punkte scheinen mir erfüllt. Ich würde sogar lieber den ganzen Betrag bezahlen, wenn die Stadt dafür allein das Umfeld, das Verhalten am Ort bestimmen könnte. Aber glauben Sie mir, ein entsprechendes Projekt der Stadt würde deutlich mehr kosten. Problematisch finde ich vor allem die Ängste, die in diesem Zusammenhang in der Bevölkerung vorhanden sind. Nur wenn der Stadtrat verbindliche Zusagen machen kann, wie er diese Probleme lösen kann, bin ich bereit, dem Antrag in der Botschaft zuzustimmen. Was, wenn das Objekt plötzlich schlecht wirkt und als Ort oder als Werbefläche für eine Art rechtsradikale oder anarchistische Szene würde? Meines Erachtens hätte eine politische Werbung an diesen Fassaden überhaupt nichts zu suchen. Was, wenn das Areal während der nun erhofften Laufzeit für ein anderes Projekt, zum Beispiel das Lignum-Ost-Projekt zur Verfügung gestellt werden müsste, zum Beispiel in drei, fünf oder sieben Jahren? Für diese Fragen gilt eben, was wenn. Und konkret: Wie könnte sich der Stadtrat durchsetzen, und das ohne Kampf gegen sinnvolle, langfristige Projekte oder mit unschönen Bildern wie Sitzstreik etc. rechnen zu müssen? Vielleicht finden einige von euch dies eine zu weitgehende Einmischung in das Eigentum des Vereins Kaff. Zu beachten ist aber, die öffentliche Hand bezahlt ja immerhin fast zwei Drittel der Baukosten. Zuhanden von Gemeinderätin Severine Hänni möchte ich noch sagen, du hast etwas verpasst. Du wärst im Kaff sicher willkommen gewesen, sogar mir ging es in den letzten paar Jahren oder Jahrzehnten mindestens drei Mal so. Zuhanden von Ralf Frei möchte ich sagen: Vertrauen ist sehr gut, Regeln ist halt in der Regel doch besser. Du glaubst gar nicht, wie viele Erbstreitigkeiten es über Jahrzehnte gibt, die vernünftig hätten geregelt werden können. Da denke ich, da haben wir vielleicht einen unterschiedlichen Hintergrund, wobei ich sagen muss, dass das in der Familie gar nie ein Thema oder ein Problem war. Denn man kann es ja regeln. Liebe SVP/EDU, das Volk fragen, das geht doch nun wirklich viel zu lange. Für mich ist ganz klar, wenn das Geschäft abgelehnt wird, muss man schnell zusammensitzen, um eine Lösung fürs Kaff zu finden, das die Ängste berücksichtigt. Aber auch bei Annahme ist es meines Erachtens wichtig, dass seitens Stadtrat möglichst dafür gesorgt wird, dass diese Ängste eben Theorie bleiben. Und seitens Kaff-Verantwortlichen, dass das Image so gut bleibt, wie es bis jetzt ist. Denn früher oder später will man sicher wieder mal etwas von der Stadt. Da hat die FDP vermutlich recht, aber ich denke, man kann da verschiedene Seiten sehen, wie man dann reagieren möchte.

Gemeinderätin Karin Gubler (CH), Referentin im eigenen Namen: Im Frühling 2020 wurde das Kaff an der Grabenstrasse geschlossen. Bis dahin hatte das Lokal in den ersten beiden Monaten bereits über 1'000 Gäste begrüsst. Wer von Ihnen als Jugendlicher ein Stammlokal hatte, weiss, was es bedeutet, wenn ein solcher Treffpunkt wegfällt. Das zieht vielen den Boden unter den Füßen weg. Das Kaff kennt diese Situation jedoch nur zu gut. 17 Jahre Vereinsgeschichte, einige Zeit heimatlos und nun bald bereits der dritte Umzug, die Rheinstrasse nicht mitgerechnet. Die Lokalitäten wurden umgebaut, abgerissen oder verkauft und das Hoffungsprojekt Rheinstrasse als untauglich für Veranstaltungen befunden. Den Kopf in den Sand zu stecken, war jedoch offenbar keine Option. Vorausschauend wurde bereits seit 2019 das Kaff auf Dauer angeplant. Und auch der Beginn der Pandemie 2020 minderte diesen Tatendrang nicht. Neben der Planung dieses Projekts wurden im Übrigen seit dem Auszug aus der Grabenstrasse und trotz Corona rund 20 Radiosessions, 2 Rollschuhdiscos, eine Ausstellung in der Balie mit 11 Kaffkünstler/innen und Lara Stoll im Luna veranstaltet. Ich weiss nicht, ob Tanzsport das einzige ist, was als Wert dabei herausgekommen ist. Ich schätze den kulturellen Wert dieser Veranstaltungen zumindest sehr hoch ein, möchte da aber auch nicht Vergleiche ziehen. Unbestritten für mich ist, dass von einer solchen Krisenresistenz und einem solch grossen Einsatzwillen in diesen Zeiten sich manch einer eine Scheibe abschneiden könnte.

Verschiedentlich wurde geäussert, man erwarte mehr Eigeninitiative vom Kaff und wünsche sich, dass die Leute im Kaff mehr Eigenleistungen erbrächten. Ich habe bereits dargelegt, wie bewundernswert meines Erachtens das Kaff die bisherigen und auch früheren Krisen meisterte. Dies erfolgt trotz wechselnder Mitglieder, da naturgemäss, wenn junge Menschen für junge Leute veranstalten, sowohl die Macher/innen wie auch das Publikum wechselt und laufend erneuert werden muss. Grossartigerweise funktioniert das im Kaff seit 17 Jahren. Und erinnern Sie sich zurück, was Sie mit 20 gemacht haben oder mit 16? Dies passiert in einer Altersgruppe, in welcher die meisten andere Interessen haben, als ehrenamtlich zu arbeiten. Doch sogar unabhängig vom Alter, wer schon mal einen Nachfolger für einen unbezahlten Vereinsposten gesucht hat, weiss, wie herausfordernd das ist. Nun, mehr Eigenleistungen wären erwünscht. Die Anzahl ehrenamtlich geleisteter Stunden wurde von meinem Kollegen Sandro Erné bereits erwähnt. Ich habe da in den Kaffarchiven etwas nachgestöbert. Die Zahl variiert in den Vorjahren, es sind nicht alle Zahlen jährlich erfasst. Aber wir haben ohne das Projekt Kaff auf Dauer mitzurechnen und ohne Out in the green Garden, das übrigens nicht das Kaff ist, sondern ein anderer Verein, das möchte ich auch noch kurz erwähnen, also nur das Kaff selbst leistet pro Jahr zwischen 3'300 und 7'000 Stunden Freiwilligenarbeit. Wenn man einen theoretischen Stundenlohn von 20 Franken setzt, wären das gemittelt 100'000 Franken im Jahr. Mittels Crowdfunding hat das Kaff mitten in der Pandemie, als die Crowdfunding-Plattformen von Hunderten von Gesuchen überrannt wurden, 110'000 Franken gesammelt und weitere 50'000 Franken durch Sponsoring erwirtschaftet. Zudem setzt das Kaff 50'000 Franken Eigenkapital ein und hat die Zusage für 15'000 Franken von privaten Stiftungen und Spendern. Ebenfalls seien die Darlehensverhandlungen gemäss Kaff auf gutem Weg. Auch der Kanton erkennt die Bedeutung des Kaffs und trägt seinen Teil bei, womit die öffentliche Hand 57 % des Pavillons finanziert und das Kaff neben den ehrenamtlichen Stunden zusätzlich 43 % der nötigen Mittel akquiriert und beiträgt. Stolz und aus Transparenzgründen darf ich sagen, dass auch ich in der Vergangenheit einige der erwähnten ehrenamtlichen Stunden beigetragen habe. Und ich danke all jenen von Herzen, die nach wie vor bereit sind, für Frauenfeld und in Frauenfeld so viel Kulturarbeit zu leisten. Es war immer ein Anliegen des Kaffs, und wie ich meine Nachfolger/innen wahrnehme, ist es immer noch so, dass die Weiterentwicklung des Kaffs im Dialog mit der Stadt geschieht. Ich denke, damit lassen sich hoffentlich in Kürze einige dieser Bedenken zerstreuen, die Kollege Regli erwähnt hat. Ich bitte Sie daher, dieses grosse ehrenamtliche Engagement, diese Krisenresistenz und diesen grandiosen Beitrag zum Kulturleben in der Stadt und im Kanton zu unterstützen und dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen.

Gemeinderat Alfred Bloch (SP), Referent im eigenen Namen: Ich möchte als ältestes Mitglied dieses Rats eine Lanze brechen für die Jugend. Ich gebe zu, ich war bis jetzt ein einziges Mal im Kaff. Ich gebe zu, ich besuche lieber die Konzerte der Konzertgemeinde, Brahms und Dvorak sind mir näher, aber trotzdem werde ich mit Überzeugung ja stimmen, denn ich möchte, dass Frauenfeld lebendig bleibt, vielfältig bleibt und mit dem Kaff wird Frauenfeld auch noch ein bisschen bunter. Ich wünsche euch viel Erfolg in eurer Arbeit und ich bin überzeugt, heute gibt's ein Ja im Gemeinderat.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Für Ihre Entscheidungsfindung wären vier Fragen notwendig, hat ein heute anwesender Gemeinderat in einer Diskussion gesagt. Ist der vorgesehene Standort der richtige? Stellt das Kaff eine Bereicherung des Kulturlebens in Frauenfeld dar? Unterstützen Sie damit die Arbeit eines von und für Jugendliche und junge Erwachsene tätigen Vereins? Und ist der Einnahmeverzicht verkräftbar? Auch der Stadtrat hat sich diese Fragen gestellt und mit vier klaren Ja beantwortet. Ja, der vorgesehene Standort, zentral gelegen, gut einsehbar mit wenig Wohnnutzung in der Umgebung ist der richtige. Ja, das Kaff bereichert das Frauenfelder Kulturleben, und das in einem Segment, das es sonst in dieser Ausprägung nur in grossen Städten gibt. Und ja, wir unterstützen damit einen Verein, der in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten bereits tatkräftig bewiesen hat, dass Jugendliche und junge Erwachsene einen Kulturbetrieb, und das will man nicht unterschätzen, eigenverantwortlich führen können und damit ein verhältnismässig grosses Publikum ansprechen. 100 Anlässe pro Jahr, es sind 100 Anlässe, es ist nicht übertrieben. Es sind nicht alle, die für ein breites Publikum bestimmt sind, aber wir haben gehört, es können zum Beispiel junge Musiker dort auftreten, ob sie nun in der Kanti sind oder nicht. Und andere Anlässe, es sind mindestens 100 Anlässe. Es ist nicht nur die Öffnungszeit damit gemeint, das wäre ein bisschen hoch gehängt, da gebe ich euch recht. Aber es sind wirklich Anlässe. Diese generieren ein immer wieder wechselndes, grosses Publikum. Gross im Sinn von was möglich war in den Räumen. Da konnten nicht tausend rein. Ich war selber ein paar Mal, also häufiger als mein Vorredner, dort und ich bin froh, sind nicht tausend gekommen. Das wäre sehr kritisch gewesen. Und die letzte Frage: Ja, der Einnahmeverzicht, der nota bene eben ein theoretischer ist, ist verkräftbar.

So eindeutig diese Antworten erscheinen, so umstritten ist die Vorlage aber dennoch. Dahinter stecken andere Fragestellungen als die vier genannten von einem hier anwesenden Gemeinderat. Ist die Einheit der Materie gewahrt? Reden wir nicht in Tat und Wahrheit von einem grösseren Betrag? Ist es verhältnismässig, einen Verein derart grosszügig zu unterstützen? Ist es gesichert, dass es nicht zu einer unerwünschten Entwicklung mit politisch radikaler Ausrichtung kommt? Auch diese Fragen kann ich allesamt mit Ja beantworten. Ja, die Einheit der Materie ist gewahrt. Es geht im vorliegenden Fall um einen Nachtragskredit zu einem Beschluss des Stadtrats, der bereits in Kraft ist, ein Infrastrukturprojekt eines Kulturvereins mit einem einmaligen Betrag zu unterstützen. Diesen Beschluss haben wir letztes Jahr gefällt, das ist in der Rechnung so abgebildet, die Rechnung wurde von Ihnen angenommen. Aber jetzt ist eben der Nachtragskredit das Thema. Dieser Nachtragskredit darf nicht vermischt werden mit Leistungsvereinbarungen, die das kulturelle Schaffen im engeren Sinn betreffen, also den Inhalt und nicht die Infrastruktur. Und er darf auch nicht vermischt werden mit allgemeinen Unterstützungsleistungen für den gesamten Kulturbereich, also Kulturplakaten und Kulturwerbung in der Zeitung. Es geht einzig und allein um diesen Einnahmeverzicht, nota bene eben ein theoretischer. Das haben verschiedene gut vorgerechnet, das muss ich nicht wiederholen. Und ja, es ist verhältnismässig, das Kaff auf die genannte Weise zu unterstützen. Frauenfeld verfügt unbestrittenermassen über ein vielfältiges Angebot für Jugendliche und junge Erwachsene, allerdings, und das müssen wir uns wirklich unumwunden eingestehen, weniger im kulturellen, eher im sportlichen Bereich. Im kulturellen Bereich sind vor allem die Jugendmusik und die Bildschule als Beispiele zu erwähnen. Beide profitieren von sehr günstigen Mieten bei der Schulgemeinde resp. der Stadt. Neu wird die Jugendmusik zusammen mit dem Stadtorchester und der Guggenmusik zudem für zwei Jahre aus dem COVID-Fonds unterstützt im Zusammenhang mit coronabedingten neuen Raumanfor-

derungen. Vor knapp zwei Wochen hat der Stadtrat den entsprechenden Beitrag von 98'000 Franken für zwei Jahre gesprochen. Auch andere kulturelle Institutionen wurden in der Vergangenheit von der Stadt bei der Erstellung von entsprechenden Infrastrukturen unterstützt, namentlich das Eisenwerk und das Cinema Luna. Einzig der hohe Betrag des Einnahmeverzichts könnte die Verhältnismässigkeit infrage stellen, wäre da nicht eben diese Tatsache, dass die Parkplätze des Unteren Mätteli bisher lediglich an 10-15 Tagen pro Jahr auf der nun dem Kaff zur Verfügung gestellten Fläche genutzt wurden. Und kommt hinzu, dass die Hochrechnung von 60'000 Franken auf 10 Jahre reglementarisch gemacht werden muss, obwohl nicht sicher ist, ob das Kaff dann zehn Jahre an diesem Ort steht. Es ist eine mobile Baute, also eine zügelbare Baute, sagen wir es mal so. Einfach aufheben und davontragen wird man sie nicht können, es wird ein paar Franken brauchen für den Fall, dass man einmal zügeln müsste, aber sie ist mobil und das macht sie eben auch mobil und interessant, gerade auf diesem Standort, der ja weiterentwickelt werden muss. Da wollen wir kein Präjudiz im negativen Sinn schaffen seitens Stadtrat, sondern Gemeinderat Wetli hat es angesprochen, die Verträge werden jeweils so befristet, dass man weiss, innerhalb dieser Zeit ist kein Projekt, das gerade umgesetzt werden kann oder muss. So können wir das also gut steuern. Und schliesslich kann ich auch bejahen, dass es gesichert wird, dass es auf dem Areal nicht zu einer unerwünschten Entwicklung kommen kann. Im entsprechenden Nutzungsvertrag werden wir einen solchen Passus einfügen, wonach ein solches Verhalten zu sofortigen Konsequenzen führen würde, auch das ist im Übrigen kein Präjudiz, denn solche Regelungen kennen wir bereits aus dem Bereich Freizeitanlagen und Sport. Allerdings muss ich auch sagen, dass wir in der Vergangenheit einen sehr guten Austausch mit dem Kaff gehabt haben, Gemeinderätin Gubler hat das angesprochen. Wir haben auch in Sicherheitsthemen – über die Notfallausgänge zum Beispiel – den Austausch gehabt. Da bin ich selbst zusammen mit Ruedi Huber hingegangen, um die Notfallausgänge in der Bechtelinsnacht persönlich zu kontrollieren, und die waren also immer verfügbar, aber eben schon ein bisschen knapp. Wir sind also deshalb froh, seid ihr nicht mehr dort. Und dass sie nicht mehr dort sind, hat ehrlich gesagt mit einem einfachen Umstand zu tun. Der Besitzer hat gewechselt und der Besitzer hat etwas anderes mit diesem Lokal vor, so einfach geht das.

Aus Sicht des Stadtrats stehen alle Lichter auf Grün, geben Sie dem Kaff und damit den jungen Verantwortlichen ebenfalls grünes Licht. Ich schaue noch, ob ich irgendetwas noch nicht beantwortet habe. Out in the green Garden wurde auch erwähnt, das ist eine separate Trägerschaft, ein separates Geschäft und dort gibt es Unterstützung seitens des Werkhofs, das stimmt. Aber das ist eben ein anderes Paar Schuhe. Murgbogen habe ich auch erwähnt. Und im Übrigen: Leider und auch zum Glück, das Kaff hat Übung im Umziehen. Das ist nicht das, was sie sich wünschen. Das Projekt heisst Kaff auf Dauer, aber das bezieht sich vor allem auf den Rahmen, den sie bauen, und diesen Rahmen kann man zum Glück an einem Ort aufstellen und dann wieder an einem nächsten, und darin werdet ihr jetzt vielleicht Übung entwickeln müssen. Ich hoffe nicht zu früh. In diesem Sinn hoffen wir auf grünes Licht.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Wir haben die Ankündigung der Fraktion SVP/EDU zur Kenntnis genommen und ich schlage Ihnen daher folgendes Vorgehen vor. Zuerst wird der Antrag der Botschaft Nr. 25 zur Abstimmung gebracht. Danach wird über den Antrag der SVP/EDU, sofern er gestellt wird, zuerst diskutiert und danach abgestimmt. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? Aufgrund der Rückkehr von Gemeinderat Pascal Frey sind wieder 38 Ratsmitglieder anwesend.

BESCHLUSSFASSUNG

Der Antrag des Stadtrats wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Gemeinderat Andres Storrer (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Wie bereits angekündigt, beantragt die Fraktion SVP/EDU eine fakultative Gemeindeabstimmung nach

Art. 9 der Gemeindeordnung. Über die Gründe wurde bislang ausreichend diskutiert und inhaltlich waren nicht nur wir uns einig. Einheitlich haben wir uns hingegen bezüglich der Grössenordnung und Verhältnismässigkeit die Köpfe zerbrochen. Daher lasst uns dem Projekt ein konkretes Preisschild anhängen und dann soll die Bevölkerung beim Entscheid miteinbezogen werden.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Ich bitte Sie, den Antrag der SVP abzuweisen. Dies aus grundsätzlichen und aus präjudiziellen Gründen. Das Volk hat mit der Gemeindeordnung, der Stadtverfassung die Kompetenzen klar verteilt und der Gemeinderat soll die ihm übertragenen Kompetenzen wahrnehmen. Für dieses Geschäft ist der Gemeinderat abschliessend zuständig, es gibt kein Referendum. Art. 9, den die SVP anspricht, ist für seltene Ausnahmefälle gedacht, in denen es um eine grundlegende Weichenstellung für die Stadt geht. Das ist hier sicher nicht der Fall. Und ich mag mich auch nicht erinnern und habe doch schon einige Sitzungen erlebt, wann dieser Artikel für einen solchen Ausnahmefall in Anspruch genommen wurde. Hier geht es ja letztlich um die Frage, wir haben das gesagt, ob das Kaff auf dem Unteren Mätteli, also auf dem Teil eines asphaltierten Parkplatzes, einen Pavillon aufstellen darf. Und das ist nicht eine grundlegende Weichenstellung für die Stadt. Wenn wir hier und heute als Gemeinderat sagen, das können wir nicht selber entscheiden, das muss das Volk entscheiden, dann müssen wir konsequenterweise praktisch jede Vorlage dem Volk vorlegen. Das würde dann letztlich bedeuten, dass der Gemeinderat nur noch ein beratendes Gremium ist, das dem Volk einen Antrag stellt. Und das widerspricht der verfassungsmässigen Kompetenzordnung, die das Volk ausdrücklich festgelegt hat. Man kann es auch ein bisschen drastischer formulieren, das läuft auf eine Kastration des Gemeinderats hinaus. Der Gemeinderat hat heute in Ausübung seiner ihm vom Volk übertragenen Kompetenz demokratisch entschieden. Das ist gelebte Demokratie.

Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Wir sind hier 38 Volksvertreterinnen und -vertreter, die kompetenzgerecht ihre Verantwortung wahrnehmen sollten. Die FDP akzeptiert hier den Entscheid im Gemeinderat und will nicht noch für ein Geschäft, wo es um Einnahmeverzicht geht, Tausende Franken ausgeben. Das sagen wir jedes Mal, auch wenn es ein Behördenreferendum gibt. Wir unterstützen den Antrag definitiv nicht.

Abstimmung

Der Antrag der SVP/EDU wird mit 29 Nein-Stimmen gegen 9 Ja-Stimmen abgelehnt.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Wir haben die heutige Tagesordnung durchberaten und kommen jetzt zum Abschluss. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 17. November 2021 um 18 Uhr statt. Im Anschluss findet wie angekündigt die Information durch Stadtpräsident Anders Stokholm statt. Mein Dank geht wiederum an Giuseppe D'Alelio und sein Team der Stadtkanzlei für die wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und wünsche Ihnen allen einen schönen restlichen Abend.

Schluss der Sitzung: 20:15 Uhr
